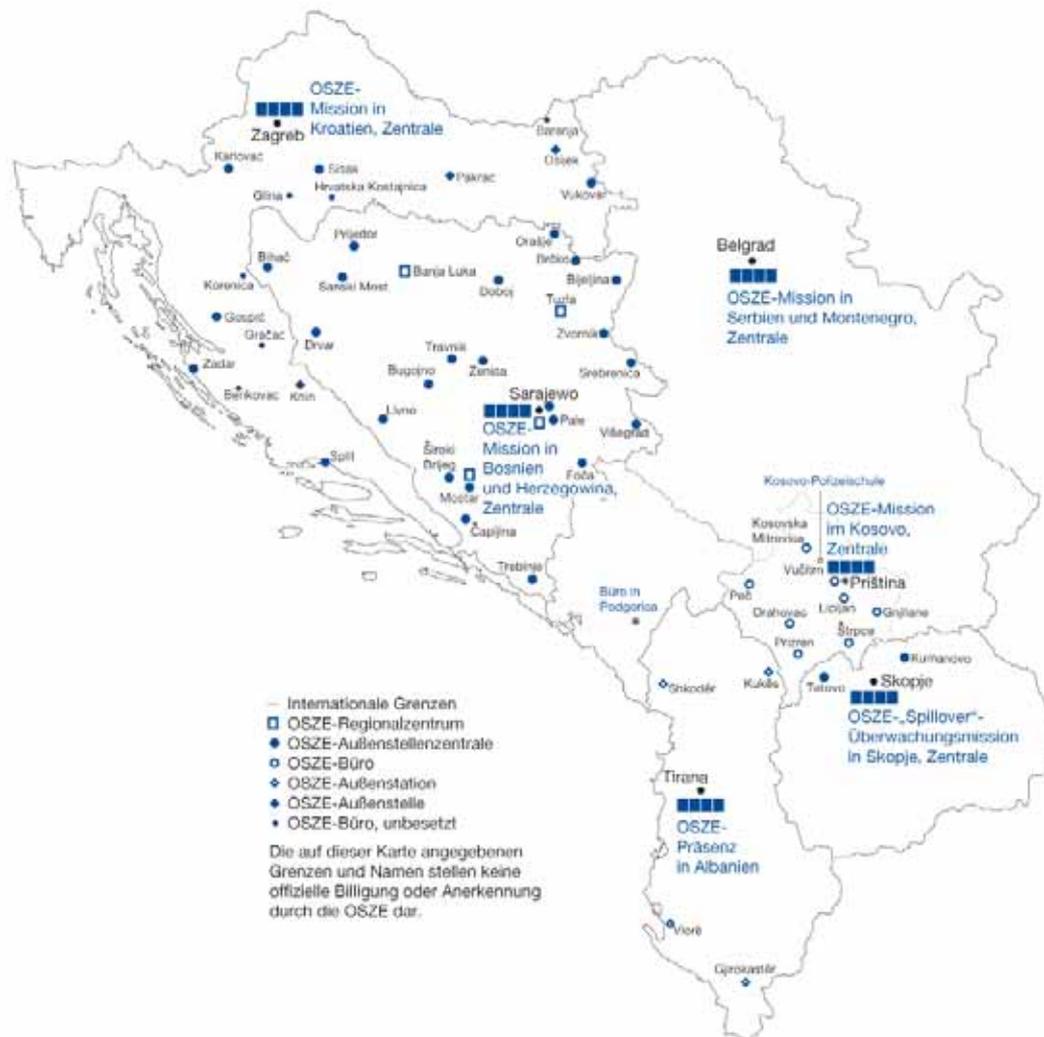


# Südosteuropa



## Die Präsenz in Albanien

Die OSZE-Präsenz unterstützt Albanien bei der Festigung seiner demokratischen Institutionen, indem sie sich für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte einsetzt. Ihr Mandat sieht unter anderem Aktivitäten in folgenden Bereichen vor:

Gesetzes- und Justizreform, einschließlich einer Reform der Eigentumsge-  
setze, der Regionalverwaltung und der Wahlordnung; Aufbau parlamentarischer Kapazitäten; Kampf gegen den illegalen Handel und gegen die Korruption;

Unterstützung unabhängiger Medien; Projekte zur Stärkung von Good Governance und der Zivilgesellschaft; Polizeiunterstützung. Seit ihrer Gründung 1997 leistet sie einen beachtlichen Beitrag zur Stabilisierung und Demokratisierung des Landes.

Die Präsenz verfügt darüber hinaus über ein Netz von Außenstellen, um die Ziele der OSZE im ganzen Land fördern zu können. Die vier Außenstellen und das für die Hauptstadt und ihre Umgebung zuständige Ver-

bindungsbüro in Tirana befassen sich mit der Entwicklung und der Leitung lokaler Projekte im Rahmen des Mandats der Präsenz.

Ein wichtiger Teil der Arbeit der Präsenz im abgelaufenen Jahr war die Mithilfe an der Vorbereitung und Beobachtung der Parlamentswahlen vom 3. Juli, wobei insbesondere die Förderung der politischen Einigung auf neue Wahlkreise und die Verbesserung der Wählerverzeichnisse zu nennen sind. Andere wichtige Arbeitsbe-

reiche waren unter anderem die Inangriffnahme eines Projekts zur Registrierung von Eigentumsansprüchen, die Unterstützung für neue Reformbereiche unter der neu gewählten Versammlung, weitere Bemühungen um höhere Standards in der Justiz, erste Schritte zur Umwandlung der Zentren für die Entwicklung der Zivilgesellschaft in unabhängige Einrichtungen, Prozessbeobachtung und Unterstützung bei der Ausarbeitung von Medien-gesetzen.

### *Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension*

**Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.** Die Präsenz befasste sich weiter mit den Aufgaben, die ihr in dem auf der Konferenz von Ochrid über Grenz-sicherung und Grenzmanagement vom Mai 2003 vereinbarten Dokument „The Way Forward“ übertragen worden waren, und unterstützte wie bisher den grenzüberschreitenden Kooperationsprozess zwischen den Grenzbehörden Albanien und jenen seiner Nachbarn. Albanische Grenzpolizisten und Zollbeamte trafen im Rahmen der Grenzkoope-  
ration mit ihren Amtskollegen aus dem Kosovo-Polizeidienst, der Mission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) und den NATO-Truppen im Kosovo (KFOR) zusammen. Diese Treffen dienten dem Informationsaustausch über grenzüberschreitende Trends zur Verbesserung des Grenzmanagements und zur Bekämpfung der von der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität ausgehenden Bedrohung. Die Präsenz fördert diese Treffen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene.

**Unterstützung der Grenzpolizei.** Die Präsenz war bemüht, die Grenzpolizei bei der Verbesserung des Managements der albanischen Staatsgrenzen in verschiedener Form zu unterstützen. Nach der Übergabe einer Funkeinrichtung an die Grenzpolizei im Jahr 2004

spendete die Präsenz nun tragbare Funkgeräte, Basisstationen und mobile Funkgeräte. Dadurch wird es möglich sein, das landesweite Kommunikationsnetz auszubauen und zu verbessern. Da die regelmäßige und ununterbrochene Stromversorgung in ganz Albanien ein Problem darstellt, insbesondere in den entlegenen Regionen des Landes, spendete die Präsenz acht Solar-Stromgeneratoren als Notaggregat für wichtige Grenzübertrittsstellen, damit Computer, Faxgeräte, Kommunikationseinrichtungen und Reisepass-Scanner stets einsatzbereit sind. Ferner begann die Präsenz gemeinsam mit dem *British Council* ein zweites Sprachunterrichtsprojekt (Englisch), um die Fremdsprachenkenntnisse der Grenzpolizisten zu verbessern.

### **Wirtschafts- und Umweltaktivitäten**

**Unterstützung der Integration ausgegrenzter Gruppen in das Wirtschaftsleben.** Mit dem erfolgreichen Abschluss des 3. *Seminars für Jungunternehmer* im Januar 2005 lancierte die Präsenz in Zusammenarbeit mit der deutschen Entwicklungsagentur *GTZ* ein Beihilfenprogramm zur Finanzierung von Unternehmensneugründungen für arbeitslose Jugendliche im verarmten Nordalbanien. Es wurden

vierundvierzig Unternehmenspläne für elektromechanische Dienstleistungen, Computerausbildung, Friseursalons, Kunstgewerbe, landwirtschaftliche Produktion und tierärztliche Dienste bewilligt.

## **Lindita Dashi macht sich selbstständig**

Lindita Dashi, eine junge Frau mit 20 Jahren aus dem Dorf Shtoj in der Region Shkodër, verfügte einfach nicht über das Geld, um die für ihr geplantes Bürowaren- und Computerdienstleistungsunternehmen notwendige Ausrüstung zu erwerben. Über den lokalen Fernsehsender erfuhr sie von einem Wettbewerb, in dessen Rahmen die besten Ideen für ein eigenes Unternehmen mit bis zu 800 Euro finanziell unterstützt werden sollten. Lindita Dashi war eine der 44 Gewinner – unter ihnen 32 Frauen – des von der OSZE unterstützten Vorhabens zur Ankurbelung der Wirtschaft durch die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze im ländlichen Norden, der ärmsten Region des Landes. „Was mich vor allem dazu bewog, mich selbstständig zu machen, war mein Wunsch, von zu Hause wegzukommen“, erläuterte sie. „Ich bin sicher, dass ich mit meinem Geschäft dank der Ausbildung in Betriebsführung, die ich von der GTZ und der OSZE erhielt, Erfolg haben werden.“

Das Projekt wurde vom Wirtschaftsentwicklungsprogramm der GTZ und dem *Diber Vision Programme* unterstützt.

**Stärkung der örtlichen Wirtschaft.** In Zusammenarbeit mit albanischen Konsulaten und der albanischen Industrie- und Handelskammer organisierte die Präsenz in allen zwölf Regionen Seminare, bei denen im Einfuhr- und Ausfuhrgeschäft tätige Unternehmen über die Auswirkungen der Mitgliedschaft Albaniens in der Welthandelsorganisation (WTO) und die damit verbundenen Verpflichtungen Albaniens unterrichtet wurden.

**Förderung der Selbstregulierung der Fremdenverkehrswirtschaft.** Die Präsenz arbeitete gemeinsam mit der albanischen Fremdenverkehrswirtschaft, den albanischen Reise-, Tourismus- und Hotelvereinigungen und dem Ministerium für Fremdenverkehr, Kultur, Jugend und Sport an einem Ethikkodex im Sinne des Globalen Ethikkodex der WTO. Als Teil der internationalen Bemühungen von OSZE, UNICEF und GTZ enthält der Ethikkodex den *Verhaltenskodex gegen die kom-*

*merzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern im Tourismus.*

**Umsetzung der Umweltvorschriften.** Die Präsenz unterstützte gemeinsam mit dem Regionalen Umweltzentrum das Umweltministerium in seinen Bemühungen, das Bewusstsein örtlicher Verwaltungsstellen für Umweltbelange und die geltenden Umweltgesetze zu heben. In zehn Gemeinden wurden Workshops mit über 300 Teilnehmern abgehalten.

**Förderung des Umweltbewusstseins.** Um in der Öffentlichkeit einen verantwortungsvolleren Umgang mit der Umwelt zu fördern, organisierten die Präsenz und das Ministerium für Umwelt, Forst- und Wasserwirtschaft in sechs größeren albanischen Städten einen Europäischen autofreien Tag. An diesem Tag wurden die Stadtzentren vom Autoverkehr frei gehalten, öffentliche Plätze gesäubert, Aufklärung über die Gesundheitsrisiken einer unsachgemäßen Entsorgung von Krankenhausmüll betrieben, Radtouren organisiert und Diskussionsrunden im Fernsehen veranstaltet. An der Veranstaltung beteiligten sich über 20 nichtstaatliche Umweltorganisationen (NROs) und zahlreiche Schüler aus mittleren und höheren Schulen.

**Förderung von Transparenz auf lokaler Ebene.** Die Präsenz entwickelte ein über mehrere Jahre laufendes Unterstützungsprogramm für Gemeinden mit den Schwerpunkten Good Governance und Zugang der Bürger zu Informationen. Das erste Projekt in dieser Reihe wurde in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Tirana durchgeführt, um deren Öffentlichkeitsarbeit neu auszurichten und die Wahrnehmung der Arbeit der Kommunalbehörden in der Öffentlichkeit zu verbessern.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

### **WAHLREFORM UND DEMOKRATISIERUNG**

**Verbesserungen bei der Abwicklung von Wahlen.** Die albanische Nationalversammlung verabschiedete im Januar mit Unterstützung der Präsenz Änderungen der Wahlordnung im Hinblick auf die Abhaltung der Parlamentswahlen am 3. Juli. Damit ging der im Juli 2004

eingeleitete Wahlreformprozess zu Ende, dem wichtige Verbesserungen in den Bestimmungen über die Einrichtung und Funktionsweise der Wahlbehörde, die Wahlkampffinanzierung und die Erstellung der Wählerverzeichnisse zu verdanken sind. Es wurde ein neues System der zentralisierten Stimmenanzählung eingeführt. Die Präsenz vermittelte auch eine politische Einigung über die Aufteilung der Wahlkreise.

Eine der umstrittensten Fragen bei albanischen Wahlen war die Genauigkeit der Wählerverzeichnisse. Hier leistete die Präsenz mit finanzieller Unterstützung durch die Europäische Union dem Ministerium für lokale Verwaltung und Dezentralisierung sowie der Zentralen Wahlkommission umfangreiche technische Unterstützung und stellte auch Ausbildung und Ausrüstung zur Verfügung, um die Wählerverzeichnisse in Einklang mit den BDIMR-Empfehlungen zu bringen. Nun sind die Wählerverzeichnisse erheblich genauer als bei früheren Wahlen, weshalb sie auch politisch viel weniger anfechtbar sind. Mittels eines anderen Projekts gelang es der Präsenz, erstmals 8000 blinden Wählern die Beteiligung an den Wahlen zu ermöglichen.

**Stärkung der albanischen Nationalversammlung.** Mit ihrem 2001 begonnenen Projekt zum Aufbau parlamentarischer Kapazitäten unterstützte die Präsenz die albanische Nationalversammlung bei der Umsetzung ihrer neuen Geschäftsordnung. Sie unterstützte die Versammlung auch bei der Entwicklung weiterer Reformprogramme, durch die die Effektivität ihrer Ausschüsse, Mitarbeiter und Dienstleistungen verbessert werden soll. Mit Hilfe der Präsenz konnte die Versammlung die zur Ausarbeitung und Veröffentlichung der Protokolle ihrer Plenarsitzungen erforderliche Zeit von mehreren Jahren auf nur einen Tag verkürzen. In der neuen Legislaturperiode kam es zu wichtigen Initiativen, die darauf abzielten, die Versammlung einem breiten Publikum zu öffnen und mehr Informationen zu veröffentlichen.

**Stärkung der Zivilgesellschaft.** Das 2001 von der Präsenz eingerichtete Netz von Entwicklungszentren für die Zivilgesellschaft regte 2005 weiter zur Mitwirkung der Zi-

vilgesellschaft und der Bürger an den lokalen Entscheidungsprozessen an. Über 4.150 Personen erhielten in den Zentren Ausbildung und Beratung, was einer Steigerung um 30 Prozent im Vergleich zu 2004 entspricht. Als Teil der von der Europäischen Kommission finanzierten Ausgliederungsstrategie begann sich die Präsenz von ihrer Aufsichtsfunktion auf eine rein beratende Rolle zurückzuziehen. Ende 2006 soll das Management voll in albanische Eigenverantwortung übergehen.

**Verstärkte Mitwirkung der Zivilgesellschaft an der Entscheidungsfindung.** In enger Zusammenarbeit mit der Regierung und albanischen NROs zum Thema Behinderungen beteiligte sich die Präsenz an der Ausarbeitung einer *Nationalen Strategie für Menschen mit Behinderungen* und eines Nationalen Aktionsplans. Erstmals erhielten staatliche und nichtstaatliche Einrichtungen auf einer Geberkonferenz Gelegenheit, einen gemeinsamen Projektkatalog vorzulegen, der sich an den Prioritäten der Strategie orientierte.

**Streben nach Gleichstellung der Geschlechter und Achtung der Frauenrechte.** Die Präsenz und UNDP setzten im Berichtszeitraum die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in Albanien weiter fort; sie unterstützten zu diesem Zweck den Nationalen Ausschuss für die Gleichstellung der Geschlechter und erhöhten dessen Kompetenz. Die Präsenz vermittelte Fachwissen bei der Überprüfung des bestehenden Gleichbehandlungsgesetzes und setzte ihre Unterstützung für das 2004 in der nordostalbanischen Stadt Kukës eröffnete Frauenberatungszentrum für Opfer häuslicher Gewalt fort. 2005 leistete das Zentrum über 350 Frauen in diesem armen und unterentwickelten Gebiet des Landes Beratungs- und andere Dienste. Außerdem unterstützte die Präsenz die Bemühungen des *Citizens' Advocacy Office*, einer albanischen NRO, die sich um ein Gesetz über die Verhütung häuslicher Gewalt bemüht.

## **RECHTSSTAATLICHKEIT UND RECHTSREFORM**

**Arbeit an der Klärung von Eigentumsfragen.** Streitigkeiten über

Landbesitz und Eigentumsrechte behindern in Albanien nach wie vor die wirtschaftliche Entwicklung. Sie machen 50 Prozent der bei Gericht anhängigen Fälle aus und führen gelegentlich sogar zu Gewalt. Nachdem die Präsenz 2004 mitgeholfen hatte, ein Rückgabegesetz auszuarbeiten, unterstützte sie die routinemäßige Arbeit des Staatskomitees für Eigentumsrückgabe und -entschädigung und dessen örtliche Kommissionen durch Schulung von Mitarbeitern, Mithilfe bei der Ausarbeitung entsprechender Durchführungsverordnungen und Aufklärung der Öffentlichkeit durch Veröffentlichung und Verteilung von Informationsmaterial im ganzen Land. Ferner begann die Präsenz mit der ersten Eintragung von Immobilienbesitz in den Gemeinden Vlora und Burrel, ein Vorgang, der für die Rechtssicherheit in Eigentumsfragen unerlässlich ist.

**Erhöhung der Transparenz in den Gerichten und Verbesserung der Prozessstandards.** Die Präsenz gab im Februar ihren Zwischenbericht über das *Fair Trial Development Project* heraus, der sich hauptsächlich auf das Bezirksgericht Tirana und das Strafgericht erster Instanz bezog. Der Hohe Justizrat ersuchte die albanischen Gerichte, den Bericht zu berücksichtigen. Die Präsenz setzte ihre Untersuchung von Gerichtsprozessen das restliche Jahr hindurch fort und bezog auch Gerichte außerhalb Tiranas in die Beobachtung ein. Neben der Beobachtung von Strafprozessen befasste sich die Präsenz auch mit Verfahrensrechten während der gerichtlichen Voruntersuchung, insbesondere während der Untersuchungshaft. Die Präsenz unterstützte die Strafgerichte weiter durch Spenden und Initiativen zum Kapazitätsaufbau.

**Unterstützung der Rechtsreform.** Die Präsenz unterstützte mehrere Rechtsreforminitiativen. Nach der Verabschiedung des Gesetzes über den Schutz von Zeugen und Personen, die mit der Justiz zusammenarbeiten, im Jahr 2004 unterstützte die Präsenz die albanischen Behörden weiterhin im Bereich des Zeugenschutzes durch technische Beratung bei der Ausarbeitung der Durchführungsverordnungen und der Novelle zum Strafgesetzbuch. Die Präsenz startete auch ein Projekt für Transparenz bei der Ausar-

beitung von Gesetzen, damit die Öffentlichkeit mehr Einblick in diesen Prozess gewinnt und ihren Teil dazu beitragen kann.

**Stärkung der Schutzmaßnahmen für öffentlich Bedienstete.** Die Präsenz finanzierte die erste umfassende Publikation der Kommission für den öffentlichen Dienst, einer unabhängigen staatlichen Institution. Die Publikation enthält die Beschlüsse der Kommission aus dem Jahr 2004 und dient als nützliche Informationsquelle für öffentlich Bedienstete in zentralen und örtlichen staatlichen Einrichtungen. Sie ist darüber hinaus ein Leitfaden für öffentlich Bedienstete, die Schutz vor der Verletzung ihrer Rechte durch Vorgesetzte suchen.

**Dokumentation der Verfassungsgeschichte.** Die Präsenz finanzierte die Transkription und Veröffentlichung der Debatten des für den Entwurf der Verfassung von 1998 zuständigen Sonderausschusses des Parlaments. Diese Veröffentlichung ist ein wichtiges Stück Gesetzgebungsgeschichte und wird das Verständnis für die Verfassung und deren ordnungsgemäße Umsetzung verbessern.

## **MENSCHENRECHTE**

**Bekämpfung des Menschenhandels und der illegalen Migration.** Mit Finanzierung vonseiten der Europäischen Union setzte die Präsenz gemeinsam mit UNHCR, IOM und dem Innenministerium ein Erstabklärungsprojekt aus dem Jahr 2004 fort. Diese Initiative soll sicherstellen, dass Asylbewerber, Menschenhandelsopfer und irreguläre Zuwanderer internationalen Maßstäben gemäß behandelt werden und dass Albanien ein geeignetes Leitsystem unterhält. Im Rahmen dieses Projekts wurden insgesamt 940 Grenzbeamte ausgebildet. Die Präsenz bestellte sechs Referenten für die Erstabklärung, die mit den Polizeidirektionen aller Grenzgebiete zusammenarbeiten sollen, und organisierte eine ausgedehnte Studienreise für leitende Grenz- und Migrationspolizisten zu Grenzübertrittsstellen in EU- und Nicht-EU-Mitgliedstaaten, um sie über unterschiedliche Methoden und die neuesten Verfahren der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu unterrichten.

**Menschenrechtsunterricht.** Die Präsenz half 26 Lehrern aus ganz Albanien – auch aus abgelegenen Gebieten – dabei, die Menschenrechtserziehung in ihre tägliche Unterrichtstätigkeit einzubauen. Im Rahmen des Projekts erhalten landesweit Schüler im Alter von 10 bis 12 Jahren Menschenrechtsunterricht. Das Projekt geht auf eine Initiative des slowenischen Amtierenden Vorsitzenden in Zusammenarbeit mit dem Unterrichtsministerium zurück.

**Unterstützung des Volksanwalts.** Die Präsenz setzte ihre Unterstützung für die Volksanwaltschaft fort und baute dabei auf eine langjährige Beziehung auf. Sie organisierte einen Studienbesuch im Büro des polnischen Ombudsmannes und finanzierte im Anschluss an die von der Präsenz und dem Volksanwalt 2004 veranstaltete erfolgreiche Landeskonferenz über Arbeitnehmerrechte ein Buch zu diesem Thema.

**Verbesserung der Jugendstrafrechtspflege.** In enger Zusammenarbeit mit der albanischen Akademie für Rechtsberufe organisierte die Präsenz eine Reihe von Ausbildungskursen für Richter, Staatsanwälte, Anwälte, Sozialarbeiter, Psychologen und Beamte der Kriminalpolizei, die mit straffällig gewordenen Jugendlichen zu tun haben. An den Seminaren nahmen über 150 Fachleute teil.

**Eintreten für Romarechte.** Zur Unterstützung und Kontrolle der Durchführung der Nationalen Stra-

tegie für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Roma leitete die Präsenz eine internationale Geberkoordinierungsgruppe für Romafragen. Darüber hinaus nahm sie an der BDIMR-Initiative *Roma, use your ballot wisely* teil, die zur Eintragung einer größeren Zahl von Roma in Wählerverzeichnisse führen soll.

## **MEDIENENTWICKLUNG**

**Verbesserung des Medienrechts.** Auf Ersuchen des Parlamentsausschusses für Bildung und Medien leitete die Präsenz technische Hilfestellung für verschiedene Gesetzesvorhaben, darunter Gesetzesvorlagen betreffend Printmedien und gegen Verleumdung. Im Rahmen einer Arbeitsgruppe zu Gesetzgebungsfragen trug die Präsenz in Zusammenarbeit mit dem Europarat und dem nationalen albanischen Rundfunk- und Fernsehrat, dem OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Büro für Funkangelegenheiten zu einer Gesetzesvorlage über die versuchsweise Einführung von Digitalfernsehen bei.

**Stärkung der nationalen Medien-einrichtungen.** Die Präsenz setzte ihre Unterstützung des nationalen Rundfunk- und Fernsehrats bei der Erstellung eines Zuteilungsplans für die Ausstrahlung terrestrischen Digitalfernsehens fort. Der Plan soll dem Europäischen Büro für Funkangelegenheiten unterbreitet werden.

**Förderung von Selbstkontrollmechanismen.** Gemeinsam mit örtlichen Medienorganisationen und in Zusammenarbeit mit USAID setzte sich die Präsenz erneut für die Schaffung eines Medienethikrats ein. Die Präsenz förderte die Aktualisierung des bestehenden Ehrenkodex für Medien durch Diskussionsveranstaltungen und Treffen mit den wichtigsten Mediengrößen im Land.

**Anhebung der beruflichen Standards.** Als Teil eines Projekts unter dem Titel „Fortbildung örtlicher Medien zum Thema Standesregeln und Förderung von Transparenz durch Gebrauch des Rechts auf Informationsfreiheit“ organisierte die Präsenz eine Fortbildung für 12 örtliche TV-Sender im Land. Die Initiative wurde von der niederländischen Organisation *Press Now* finanziert. Die Präsenz unterstützte auch die Journalistenschule in Tirana bei der Entwicklung eines Lehrplans und einer Langzeitstrategie.

**Missionsleiter:**  
**Botschafter Pavel Vacek**  
**Revidierter Haushalt: € 3.658.300**  
**[www.osce.org/albania](http://www.osce.org/albania)**

## Die Mission in Bosnien und Herzegowina

2005 nahm das Tempo der Reformen in Bosnien und Herzegowina zu, und die Mission setzte ihre Tätigkeit im Dienste der Konsolidierung von Frieden, Demokratie und Stabilität im Lande fort. Besonders beachtliche Fortschritte erzielte Bosnien und Herzegowina im Be-

reich der Verteidigungsreform, in deren Rahmen die Streitkräfte und das Verteidigungsministerium in ein einheitliches gesamtstaatliches System überführt werden.

Die Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension zur Umsetzung des ersten regionalen Ex-

portstopps für Kleinwaffen und leichte Waffen wurden von der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina aktiv und durch Expertise unterstützt. Im Wirtschaftsbereich leistete die Mission den Gemeinden Hilfestellung bei ihrer Verwaltungsreform zur Verstärkung der Effizienz,

Transparenz und Bürgernähe. In der menschlichen Dimension konzentrierte sie sich schließlich darauf, das Recht von Flüchtlingen auf eine dauerhafte Rückkehr in der ganzen Region sicherzustellen, für sozialen Wohnbau und die Förderung sozialer Sicherheit zu sorgen.

### **Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension**

**Unterstützung der Verteidigungsreform.** Ende 2005 setzten die Behörden von Bosnien und Herzegowina den wesentlichsten Schritt in der Verteidigungsreform und schufen die gesetzlichen Voraussetzungen für die erfolgreiche Vollendung der Reform der Verteidigungsstrukturen des Landes.

Zur Unterstützung dieser Reformen beteiligte sich die Mission gemeinsam mit der NATO aktiv an Arbeitsgruppen und Konsultationen mit nationalen Fachleuten, in deren Folge eine einheitliche Berufsarmee unter der Kontrolle des Staates Bosnien und Herzegowina entstehen, die Verteidigungsministerien und Armeen der Teilgebiete und die Wehrpflicht abgeschafft werden sollen – also beachtliche Veränderungen zehn Jahre nach Ende des bewaffneten Konflikts in BiH. Durch Konsultationen mit Parlamentariern und militärischen Führungskräften sorgte die Mission dafür, dass die einschlägigen Gesetze und Dienstvorschriften eine ordnungsgemäße demokratische zivile Kontrolle der Streitkräfte von Bosnien und Herzegowina berücksichtigen.

**Demokratische Kontrolle der Streitkräfte.** Gemeinsam mit dem Genfer Zentrum für demokratische Kontrolle der Streitkräfte und dem *Tailored Co-operation Programme* der NATO erstellte die Mission ein bilaterales Besuchsprogramm für Parlamentarier aus Bosnien und Herzegowina und aus Ländern mit Streitkräften vergleichbarer Größe und vergleichbaren Reform- und Stabilisierungsproblemen. Ziel dieser Besuche war es, von den Erfahrungen in vergleichbaren Ländern zu lernen, wie man am besten wirk-

same parlamentarische Kontrollmechanismen schafft, die sowohl die Zivilisten als auch die Soldaten im Lande schützen.

### **Fortlaufende Unterstützung bei der Erfüllung der politisch-militärischen OSZE-Verpflichtungen.**

Mit fachlicher und arbeitstechnischer Unterstützung durch die Mission konnte Bosnien und Herzegowina Verbesserungen bei der Erfüllung seiner OSZE-Verpflichtungen in der politisch-militärischen Dimension erzielen, einschließlich des Entwurfs und der Unterzeichnung seines jährlichen Informationsaustauschdokuments, und die Zusammenarbeit mit dem Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für Artikel IV im Hinblick auf die Umsetzung von Artikel IV des Friedensabkommens von Dayton fortsetzen. Bosnien und Herzegowina richtete im Verteidigungsministerium auch eine Rüstungskontrollabteilung ein und schuf ein Koordinierungsgremium, das die militärischen und staatlichen Geheimdienste zusammenführen soll.

Das im Juli 2004 unterzeichnete erste regionale Moratorium für den Export von Kleinwaffen und leichten Waffen war ein besonderer Erfolg, zu dem die Mission mit ihrer aktiven Unterstützung und ihrer Expertise beitrug. Die Umsetzung des Moratoriums war im Juli 2005 erfolgreich abgeschlossen und trug zur Einstellung der die legalen Exporte von militärischen Waffen aus dem Land bei.

In Zusammenarbeit mit der EUFOR in Bosnien und Herzegowina und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen unterstützte die Mission weiterhin die Vernichtung von Kleinwaffen und leichten Waffen. 2005 wurden über 30.000

Kleinwaffen und leichte Waffen aus BiH zerstört. Die zerstörten Waffen stammten aus den überschüssigen Waffenbeständen der Armeen beider Teilgebiete des Landes, der Föderation Bosnien und Herzegowina und der Republika Srpska; die Überschüsse waren durch den Personalabbau und Maßnahmen zur Modernisierung der Ausrüstung entstanden. Ende 2005 waren die überschüssigen Kleinwaffen und leichten Waffen der Armee der Republika Srpska – die zu Jahresanfang auf 26.690 Stück geschätzt worden waren – zur Gänze vernichtet. Die überschüssigen Bestände aus dem Besitz der Streitkräfte der Föderation – rund 45.000 Waffen – warten noch auf ihre Zerstörung.

### **Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension**

**Förderung der Wirtschaft und einer guten Umweltpraxis.** Im Rahmen ihrer weiteren Tätigkeit im zivilgesellschaftlichen Bereich unterstützte die Mission Partnerschaften zwischen Jugendgruppen, Gemeindeverwaltungen, Entwicklungsagenturen, Unternehmerverbänden und Arbeitsmarktinstitutionen, die selbstständiges Unternehmertum fördern. Über 500 Jungbürger nahmen an Fortbildungsveranstaltungen für selbständige Jungunternehmer, an Austauschbesuchen und Jobbörsen teil, die die Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche verbessern sollen. Darüber hinaus half die Mission Bürgergruppen in 20 ländlichen und unterentwickelten Gemeinden mit ihrem Gemeindeentwicklungsprojekt, eine bessere Gesprächsbasis mit den Behörden zu finden und gemeinsam an Beschäftigungs- und Infrastrukturprojekten zu arbeiten.

Zur Förderung besserer Praktiken im Umweltbereich unterstützte die Mission etliche Projekte zur Verbesserung der Umweltsituation. In Banovi\_i, unweit Tuzla, pflanzten Bürger im Rahmen des Projekts „Lungen für die Stadt“ 200 Bäume. Dieses Unternehmen entstand aus einer Partnerschaft zwischen örtlichen Bürgergruppen, unter ihnen eine Jugendgruppe, Schulen, der Polizei, einem Forstbetrieb und der Gemeindeverwaltung.

**Reform der öffentlichen Verwaltung.** Im Rahmen ihrer Bemühungen, eine demokratische Regierungsführung zu fördern und die Bürger verstärkt in das demokratische Leben des Landes einzubinden, unterstützte die Mission mit beträchtlichem Einsatz die Gemeinden bei ihrer Verwaltungsreform, um sie für die Menschen, für die sie da sind, effizienter, transparenter und zugänglicher zu machen.

**Verbesserung der Verwaltung personeller Ressourcen.** Um das Bedürfnis nach einem moderneren System für die Verwaltung der Personalressourcen zu erfüllen und das Problem der überdimensionierten Verwaltung und des schlecht qualifizierten Personals zu beseitigen, beriet die Mission die Gemeinden dabei, wie eine grundlegende organisatorische Überprüfung im Hinblick auf eine optimale Struktur und Personalausstattung durchzuführen sei. Die Entwicklung leistungsbezogener Einstellungsverfahren ermöglichte den Gemeinden auch eine Verbesserung der Qualität ihrer Mitarbeiter. Als Ergebnis dieser Initiativen konnten mehrere Gemeinden den Anteil ihrer Verwaltungskosten am Gesamthaushalt im Jahr 2005 um bis zu 35 Prozent bei gleichzeitiger Effizienzsteigerung senken. Zur Unterstützung dieses Prozesses und um den Gemeinden bei der Einführung neuer Personalverwaltungsmethoden zu helfen, erarbeitete die Mission ein Handbuch für die Verwaltung von Personalressourcen. Gemeinsam mit mehreren Partnergemeinden entwickelte die Mission ein Softwarebispaket, das die Führung von Personalakten in Papierform ersetzen soll. 2005 erhielten 20 Gemeinden versuchsweise diese Software.

**Verbesserung der Finanzverwaltung.** Die Mission war den Kommunalbehörden dabei behilflich, auf

Grundlage eines mehrjährigen Ansatzes rechtzeitig Rahmenvorgaben für eine realistische Haushaltsplanung und transparente Berichterstattung umzusetzen. Obwohl der Haushaltsplan 2005 aufgrund der Kommunalwahlen vom Oktober 2004 verspätet verabschiedet wurde, genehmigten 60 Prozent der Gemeinden, in denen die Mission tätig ist, ihren Haushaltsplan für 2005 innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Frist. Um das Haushaltsgebaren zusätzlich zu unterstützen, ging die Mission eine Partnerschaft mit USAID und der *Swedish International Development Agency* (Sida) ein. Die beiden Organisationen finanzierten ein Projekt für rechenschaftspflichtiges Regieren, das einen Haushalts- und Finanzleitfaden erstellen soll, der den Beamten, Gemeinderäten und Bürgern in den Gemeinden als Referenzdokument dient. Er wird allen Gemeinden landesweit zur Verfügung gestellt werden. Die Mission war auch mehr als 30 Gemeinden beim Schuldenabbau behilflich, wobei die offenen Verbindlichkeiten um mehr als 4,5 Millionen Euro verringert werden konnten.

In dem Bestreben, die interne Kontrolle zu stärken, entwickelte die Mission gemeinsam mit 20 Gemeinden einen Leitfaden für interne Kontrolle. Dieses Referenzdokument erläutert, wie man Risikobewertungen durchführt und Kontrollen zur Risikominderung entwickelt. 2005 verabschiedeten mehrere Gemeinden Regelwerke zur Verbesserung der Kontrolle und Aufsicht in Bereichen wie der Verwaltung der Finanzmittel und der Kontrolle des Gemeindevermögens.

### **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

#### **MENSCHENRECHTE**

**Unterstützung der Rückkehr in die Region.** In enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, dem Hohen Flüchtlingskommissar der VN (UNHCR) und den OSZE-Missionen in Kroatien sowie in Serbien und Montenegro setzte die Mission ihre Unterstützung für wirksame staatliche Maßnahmen fort, um das Recht der Flüchtlinge auf eine dauerhafte Rückkehr in die Region sicherzustellen. Zu diesem Zweck arbeitete die Mission eng mit den zuständigen Behörden in Bos-

nien und Herzegowina zusammen, um ihren „nationalen Rückkehrfahrplan“ zum Abschluss zu bringen. Der Fahrplan legt Wert auf die Nachhaltigkeit des Prozesses und auf einen realisierbaren Zugang zu Eigentumsansprüchen, Gesundheitswesen, Sozialhilfe, Informationen und öffentlichen Versorgungseinrichtungen.

**Von der Rückübertragung von Eigentum bis zur Beschaffung sozialen Wohnraums.** Bislang wurden 93 Prozent des Wohnraums, auf den Rechtsansprüche erhoben wurden, wieder an die Vorkriegsinhaber rückübertragen; damit ist das Eigentumsgesetz in Bosnien und Herzegowina fast vollständig umgesetzt. In Anpassung an die neue Situation konzentrierte sich die Mission auf die Begutachtung des Rechts auf angemessenen Wohnraum, insbesondere der Schutzbedürftigsten unter der Bevölkerung. Im Rahmen dieser Bemühungen machte sich die Mission dafür stark, dass die zuständigen Regierungsebenen im Land eine einheitliche, anspruchsbasierte soziale Wohnraumpolitik betreiben.

**Förderung des sozialen Schutzes.** Die Mission verlagerte ihren Schwerpunkt zunehmend auf das Recht auf sozialen Schutz und angemessenen Wohnraum, um sicherzustellen, dass die im Rahmen des Strategiedokuments zur Armutsbekämpfung im Land durchgeführten Wirtschafts- und Sozialreformen menschenrechtskonform sind. Im Dezember stellte die Mission einen Bericht an Regierungsvertreter fertig, in dem die praktische Umsetzung des Rechts auf Sozialhilfe bewertet wird. Die Mission entwickelte auch einen Plan zur Umsetzung der Empfehlungen des Berichts in Zusammenarbeit mit Regierungsbehörden aller Ebenen sowie mit Angehörigen der Zivilgesellschaft.

So sieht eine der Empfehlungen vor, das Sozialversicherungsgesetz dahingehend zu ändern, dass gewährleistet ist, dass im Entscheidungsprozess für die Gewährung von Sozialhilfe de facto für Gleichberechtigung beim Zugang zu diesem Recht und bei der Ausübung dieses Rechtes gesorgt ist und sowohl direkte als auch indirekte Diskriminierung verboten ist.

## Legalisierung informeller Roma-Ansiedlungen

Derzeit kämpft die Gemeinschaft der Roma darum, Vorurteile zu überwinden und sich in die Gesellschaft zu integrieren. Eine der größten Hürden dabei ist die rechtliche Regelung der Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden, auf dem die Volksgruppe traditionell siedelt.

„Unsere größte Herausforderung ist derzeit das Wohnungsproblem“, erläutert Dervo Sejdić, Präsident der Roma-Vereinigung von Gorica. „Wir freuen uns darüber, dass wir jetzt eine feste Siedlung in Gorica haben, die unserer Gemeinschaft angemessene Wohnmöglichkeiten bietet.“

Die 30 Haushalte umfassende Roma-Siedlung in Gorica – seit Jahrzehnten auf demselben Grundstück – ist bislang die einzige Roma-Siedlung in Bosnien und Herzegowina, deren Status rechtlich geregelt ist. Im Jahr 2000 ersuchte die Roma-Gemeinde die Stadtverwaltung von Sarajewo um Anerkennung ihrer Ansprüche auf den Grund und Boden, der teilweise der Stadtgemeinde und teilweise einem Unternehmen im Staatsbesitz gehörte. Mit Unterstützung der OSZE bei der Bewältigung zahlreicher rechtlicher, politischer und finanzieller Probleme wurden den Roma-Siedlern im Jahr 2002 die Eigentumsrechte übertragen.

2005 wies die OSZE in zwei Berichten auf die Probleme im Bereich des Meldewesens hin, die Roma an einem Antrag auf Anerkennung ihres Rechtsstatus hindern; diese Berichte sollten die örtlichen Verwaltungsbehörden und die Sprecher der Roma-Gemeinschaft bei der Lösung dieser Probleme in ihren eigenen Gemeinschaften unterstützen.

Eine weitere Empfehlung lautet, im Sozialhilfegesetz ausdrücklich festzuschreiben, dass diese Leistungen an einen Bedarfsnachweis gebunden sind und unter den Anspruchsberechtigten die ärmsten Gruppen zu bevorzugen sind.

Darüber hinaus leistete die Mission den örtlichen Behörden durch technische Beratung und Unterstützung Hilfestellung bei der Erstellung einer Politik und bei Rechts- und Budgetreformen zur Verbesserung des Zugangs zu sozialen Dienstleistungen.

Im Mittelpunkt dieser Bemühungen steht die Förderung einer menschenrechtsverträglichen Reform, die deren Nachhaltigkeit gewährleisten soll.

**Sicherstellung der notwendigen Neuordnung der Ombudsmann-Institutionen.** 2005 konzentrierte sich die Mission auf die Konsolidierung und Reform der bestehenden Ombudsmann-Einrichtungen in Richtung einer einheitlichen neuen gesamtstaatlichen Institution. Auf Grundlage der Standards der Venedig-Kommission des Europarats erfolgte eine rechtliche Reform der Regierungsbehörden, um einheitliche und wirksame Führungsstrukturen zu schaffen, die durch offene und transparente Verfahren besetzt werden. Mit diesen Bemühungen will die Mission sicherstellen, dass die Allgemeinheit Zugang zu inländischen Institutionen zur Wiedergutmachung von Menschenrechtsverletzungen hat. Die Mission überwacht auch, inwieweit sich die Behörden von Bosnien und Herzegowina an die Entscheidungen dieser Gremien halten.

**Menschenrechte der Roma.** In Zusammenarbeit mit internationalen Partneragenturen und nicht-staatlichen Romaorganisationen förderte die Mission die Gleichstellung und Integration von Romagemeinden, indem sie die Regierung bei der Ausarbeitung einer BiH-Romastrategie unterstützte. Unter Ausnutzung ihrer Präsenz vor Ort trat die Mission dafür ein, dass informellen Romasiedlungen ein Rechtsanspruch auf Grund und Boden zugesprochen wird.

## RECHTSSTAATLICHKEIT

**Überwachung der Strafrechtsreform.** Im Zuge ihrer landesweiten Prozessbeobachtung sowie der gemeinsam mit dem Konfliktverhütungszentrum und den Missionen in Kroatien und Serbien und Montenegro organisierten regionalen Tagungen von Richtern, Staatsanwälten und Rechtsanwälten erhob die Mission eine Reihe von Problemen, mit denen die Gerichte in der Praxis konfrontiert sind. Zur Klärung dieser Fragen schlug eine Gruppe von juristischen Beratern den zuständigen staatlichen Institutionen 40 Änderungen des aktuellen Strafrechts vor, darunter Änderungen der Haftbestimmungen und

Maßnahmen, die sicherstellen sollen, dass der Angeklagte während des Strafverfahrens anwesend ist. Darüber hinaus werden öffentliche Berichte über konkrete Menschenrechtsbedenken rund um Verfahrensabsprachen und die Belehrung über die Rechte von Angeklagten eine Argumentationshilfe für eine verstärkte Einhaltung der Menschenrechte bei Strafprozessen bieten und den Fachleuten auch als weitere Orientierungshilfe dienen.

## Monitoring der Strafverfolgung von Kriegsverbrechen im Inland.

Nach rund zehnjähriger Beobachtung von Kriegsverbrecherprozessen in Bosnien und Herzegowina veröffentlichte die Mission im Februar einen Bericht über die Strafverfolgung von Kriegsverbrechen im Inland. Insbesondere führte der Bericht die Anzahl, die Art und die Bedeutung der vor einheimischen Gerichten abgehandelten Fälle von Kriegsverbrechen an. Er wies auf Verfahrenslücken und andere Hindernisse hin, die einer gerechten und wirksamen Rechtsprechung in diesen Fällen entgegenstehen. Im Einvernehmen mit dem Ständigen Rat der OSZE dehnte die Mission ihr Prozessbeobachtungsprogramm auf alle vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien an inländische Gerichte in Bosnien und Herzegowina verwiesenen Fälle aus. Darüber hinaus konnten durch Unterstützung des regionalen Dialogs auf fachlicher und politischer Ebene und durch dessen Förderung die Hindernisse angegangen werden, die einer wirksamen Strafverfolgung von Kriegsverbrechern und der Abwicklung eines gerechten Verfahrens entgegenstehen.

**Bekämpfung des Menschenhandels.** Die Mission unterstützte den Koordinator von Bosnien und Herzegowina für die Bekämpfung des Menschenhandels nach wie vor durch Entsendung eines Mitarbeiters und Bereitstellung von Gutachten. Diese technische Hilfestellung umfasste auch die Unterstützung bei der Einrichtung des Nationalen Leitsystems, das einheitliche Verfahren für die Behandlung von Opfern des Menschenhandels und den Umgang mit ihnen anbietet. Die Bemühungen zur Bekämpfung des Menschenhandels wurden darüber hinaus durch die Beiziehung der Prozessbeobachter der Mission zur

Ermittlung derjenigen Verfahrenslücken unterstützt, die eine Durchsetzung internationaler Standards bei Gerichtsverfahren gegen Menschenhändler in Bosnien und Herzegowina in der Praxis verhindern.

## DEMOKRATISIERUNG

**Förderung einer transparenten und rechenschaftspflichtigen Regierung.** Im März startete die Mission ihr UGOVOR-Projekt, das von dem Grundsatz ausgeht, dass eine wirksame und effiziente örtliche Verwaltung sowohl den Bürgern als auch den Gemeinden ein Bekenntnis zur Zusammenarbeit abverlangt. Dieses Bekenntnis erfolgt in Form eines „Vertrags“ oder „ugovor“, der in allen drei Amtssprachen von Bosnien und Herzegowina abgefasst ist und mit dem sich die Gemeinden dazu verpflichten, mit den Bürgern und zu deren Nutzen an der Verwirklichung gemeinsamer Ziele zu arbeiten. Derzeit nehmen mehr als 80 der 140 Gemeinden in Bosnien und Herzegowina an dem Projekt UGOVOR teil. Die Gemeinden setzen sich mit Themen wie der Umsetzung des Rechts auf freien Zugang zu Informationen, der Reform der Verwaltungsvorschriften und der Entwicklung einer Partnerschaft mit den Bürgern auseinander.

**Zenica stellt sich der Herausforderung – UGOVOR als Verpflichtung.** Im Rahmen des Projektmoduls UGOVOR stellt in Zenica die Sensibilisierung der Öffentlichkeit die größte Herausforderung in Bezug auf die Umsetzung des Rechts auf freien Zugang zu Informationen dar. Eine von der Gemeinde gemeinsam mit der Zivilgesellschaft im Juli durchgeführte Erhebung ergab, dass 65 Prozent der Bevölkerung in Zenica keine Ahnung von diesem Gesetz hatten, das den Bürgern freien Zugang zu den in öffentlichen Institutionen verfügbaren Informationen garantiert. Zenica stellte sich dieser Herausforderung und richtete Mechanismen zur Durchführung des Gesetzes ein, organisierte die Schulung der an zentraler Stelle Verantwortlichen und informierte die Bevölkerung durch öffentliche Foren und Radiosendungen über das Gesetz. Die Gemeinde schuf auch den Posten eines Informationsbeauftragten, ein der Allgemeinheit zugängliches gut funktionierendes Informationszentrum, ein Aus-

kunftsbüro für Steuerzahler, das auch Dokumente ausstellt, einen schriftlichen Führer, der der Öffentlichkeit Tipps für die Beschaffung von Informationen gibt, und ein Verzeichnis mit den Fakten, Zahlen und Daten über öffentliche Institutionen. Neben diesen Maßnahmen bemüht man sich weiterhin, die Zivilgesellschaft dazu zu animieren, von diesem Recht auch Gebrauch zu machen. Dadurch ist Zenica heute eine der Gemeinden in Bosnien und Herzegowina, in denen die Durchführung des Gesetzes am weitesten gediehen ist, und ein Beispiel dafür, wie auf Initiative offizieller Vertreter der Gemeinde Partnerschaften gegründet werden, Schulung angeboten und Bewusstseinsbildung betrieben und ganz allgemein die Beziehung zu den Bürgern verbessert wird.

Ergänzend zu UGOVOR lancierte die Mission die Initiative „Im Rampenlicht“, die durch Anerkennung und Auszeichnung hervorragender Leistungen das Niveau der kommunalen Verwaltung heben soll. Die zentralen Themen für dieses Jahr wurden im September vorgestellt: effiziente strategische Planung, mehr Bürgernähe und Förderung der lokalen Wirtschaftsentwicklung. Um „ins Rampenlicht“ zu kommen, müssen die Gemeinden bereit sein, untereinander bewährte Praktiken auszutauschen, kleine finanzielle Anreize entgegenzunehmen und an einem Besuchsaustausch mit einer Gemeinde teilzunehmen, die im Vereinigten Königreich „im Rampenlicht“ steht.

Im Rahmen ihres Programms zur Unterstützung des Parlaments half die Mission dem Staatsparlament bei der Neuordnung seines Sekretariats, der Einrichtung eines Rechtsdienstes, einer zunehmend positiven Einschätzung der Medienberichterstattung über ihre Arbeit und der Erarbeitung eines Satzes allgemeiner Regeln für die Erstellung von Gesetzen. Darüber hinaus wird die Mission mit Unterstützung von USAID ein zweijähriges umfassendes Programm zur Stärkung der Legislative durchführen, um die Fähigkeiten des staatlichen Parlaments als Institution zu stärken.

**Verbesserung der Gesetzgebung und der Verwaltungsvorschriften.** Die Mission setzte ihre enge Zusammenarbeit mit internationalen

Partnern, darunter der Europarat und das Amt des Hohen Repräsentanten (OHR), und den Regierungen beider Teilgebiete fort, indem sie juristische und technische Hilfestellung bei der Ausarbeitung neuer Gesetze für die lokale Selbstverwaltung leistete. Nach Verabschiedung eines derartigen Gesetzes in der Republika Srpska beriet die Mission die meisten Gemeinden bei der Angleichung ihrer kommunalen Verordnungen an die neuen Rechtsvorschriften. In der Föderation stand die Verabschiedung des Gesetzes Ende 2005 noch aus, und die Mission beteiligte sich aktiv an der Formulierung der Gesetzesvorlage, die Ende 2005 dem Parlament zur ersten Lesung vorgelegt wurde. Darüber hinaus wurden mehr als 40 Gemeinden und alle 10 Kantone der Föderation Bosnien und Herzegowina bei der Überarbeitung ihrer Geschäftsordnung unterstützt, die mit dem Rechts- und Verfassungsrahmen des Gesamtstaates Bosnien und Herzegowina in Einklang gebracht werden sollte.

Die Mission veranstaltete vier Konferenzen zum Thema „Anregung zur Diskussion – ein Bildungssystem für alle“, um die Einbindung der Bürger in die Gestaltung der Bildungspolitik zu erleichtern.

**Förderung von besserer Kommunikation und mehr Partnerschaft.** Gemeinsam mit den Gemeinden arbeitete die Mission an der Verbesserung der internen Kommunikation sowie der Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Bürgern. Mit Hilfe ihres Programms für Medienführung konzentrierte sich die Mission auf die Verbesserung dieses Verhältnisses durch Aufwertung der Rolle der Medienunterstützung. Mit Hilfe einer öffentlichkeitswirksamen Initiative für eine Zielgruppe von 13 Gemeinden half die Mission den Gemeinden bei der Entwicklung ihrer Fähigkeit, sich der Medien für öffentliche Informationszwecke zu bedienen.

Im Rahmen der laufenden vertrauensbildenden Bemühungen im Bereich „zwei Schulen unter einem Dach“ organisierte die Mission einen dreitägigen Workshop für die kroatische und die bosniakische Schülervereinigung zu Lehrplanfragen an der Sekundarschule von Stolac. Die Schüler hatten nach

eigenen Aussagen zuvor nicht einmal miteinander geredet und beschlossen nun, sich mit vereinten Kräften um die Lösung einiger gemeinsamer Probleme zu bemühen und die Versöhnung fördern zu wollen.

### **Stärkung der Zivilgesellschaft.**

Die weit verbreitete Apathie der Öffentlichkeit, verstärkt durch den offensichtlichen Unwillen der Behörden, den Anliegen der Bürger Gehör zu schenken und darauf zu reagieren, war nach wie vor eine große Herausforderung für die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Bosnien und Herzegowina. Die Mission bemühte sich um die Entwicklung einer informierten und aktiven Bürgerschaft, die mit den Behörden einen Dialog über Fragen öffentlichen Interesses aufzunehmen in der Lage ist. Durch die von der Regierung des Vereinigten Königreichs finanzierte Missionsinitiative unter dem Titel „Die Bürger erreichen und einbinden“ wurden 60 gemeinsame Initiativen für Gemeinden und Bürger geplant und durchgeführt. Zur Verstärkung des Dialogs zwischen Bürgern und Verwaltung schulte die Mission 100 Vertreter aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gemeindeverwaltungen im Einsatz von Erhebungstechniken in der politischen Gestaltungsarbeit und unterstützte Umfragen in 30 Gemeinden über die Qualität der bisherigen Dienstleistungen und Verbesserungsvorschläge.

### **BILDUNGSWESEN**

**Politische Unterstützung für eine zukunftsfähige Reform.** Den Schwerpunkt des Bildungsprogramms der Mission bildete ihre Hilfestellung für die Behörden aller Ebenen bei der Einhaltung der inländischen und internationalen Verpflichtungen sowie die Ermutigung der Bürger, sich aktiv in die Bildungsreform einzubringen. Im Laufe des Frühjahrs organisierte die Mission eine Reihe regionaler Bildungsforen unter dem Titel „Anregung zur Diskussion“, an denen landesweit mehr als 1000 Personen teilnahmen. Die Teilnehmer unterstrichen besonders die Notwendigkeit stärkerer gesamtstaatlicher Normen und Strukturen und forderten die Ministerien auf, Politik aus den Schulen herauszuhalten und proaktiv an Reformen heranzugehen.

Besorgt über die fehlenden Fortschritte in diesem ganz zentralen Bereich verwies das Lenkungsgremium des *Peace Implementation Council* nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer echten Bildungsreform und gab bei einer Tagung in Sarajewo am 6. und 7. Oktober eine deutliche Erklärung gegen Separation und Diskriminierung in Schulen ab. Sie forderte auch die Behörden nachdrücklich auf, auf gesamtstaatlicher Ebene einen tragfähigen Mechanismus zur Koordinierung der Reformprioritäten einzurichten und dafür zu sorgen, dass Bosnien und Herzegowina seinen internationalen Verpflichtungen im Bildungsbereich nachkommt.

### **Ermutigung zur Einbindung der Bürger in die Bildungsreform.**

Die Mission unterstützte die Bildung von Interessensgruppen an Schulen, wie Eltern-, Lehrer- und Schülervereinigungen sowie Studentenverbände, damit diese Fähigkeiten entwickeln, für Reformen und eine verantwortliche Schul- und Universitätsleitung einzutreten. In vielen Fällen führten diese Aktivitäten zu einer verstärkten Unterstützung für einen besseren Zugang aller Schüler zum Schulsystem, und sie verstärkten die Zusammenarbeit in so schwierigen Gebieten wie den Kantonen Zentralbosnien und Herzegowina-Neretwa. Die Mission ermutigte die Bürger auch dazu, sich verstärkt in die Bemühungen zur Überwindung der schwierigsten Hindernisse auf dem Weg zu einer echten Bildungsreform einzubringen, etwa zu so sensiblen Themen wie „zwei Schulen unter einem Dach“. Darunter sind Schulen zu verstehen, die sich dasselbe Gebäude teilen, jedoch die Schüler nach Volksgruppen trennen – und zur Frage der so genannten nationalen Unterrichtsfächer, in denen in ein und demselben Land nach Volksgruppen getrennt unterschiedliche Versionen von Geschichte, Geographie und Literatur gelehrt werden.

### **Monitoring der Reform der**

**Rechtsvorschriften.** Die Mission setzte ihr Monitoring der Umsetzung von Gesetzen und Verordnungen fort. Das für das Bildungswesen zuständige Personal in den Außenstellen beobachtete in erster Linie die Durchführung der Gesetze und Verordnungen für Grundschulen und weiterführende Schulen, wobei

besondere Aufmerksamkeit der Wahl der Mitglieder der Schulaufsichtsbehörde und der Arbeitsweise dieser Gremien galt. Als Beitrag zur Übernahme in örtliche Verantwortung richtete die Mission auch Anlaufstellen und regionale Arbeitsgruppen für Bildungsfragen ein, um zur Schaffung einheimischer Mechanismen beizutragen, die Verstößen gegen Gesetze im Bildungsbereich und gegen das Recht auf Bildung nachgehen können.

### **WAHLREFORM**

#### **Rückzug aus der Wahlbehörde.**

2005 brachte Bosnien und Herzegowina eine ganz wichtige Übergangsphase im Hinblick auf die Abwicklung von Wahlen zum Abschluss. Man richtete eine Wahlbehörde ein, in der alle Nationen vertreten sind. Als logischer Schlusspunkt nach der jahrelangen Einbindung der Mission und des OHR in den Aufbau der Wahlstrukturen und -verfahren des Landes nach dem Krieg zogen sich Missionsleiter und der stellvertretende Missionsleiter gemeinsam mit dem ersten Stellvertreter des Hohen Repräsentanten am 30. Juni aus der Wahlbehörde zurück. Auf Ersuchen der Mitglieder der Wahlbehörde werden jedoch Vertreter der Mission und des OHR bis zu den allgemeinen Wahlen 2006 der Behörde weiter als Berater angehören, im Einklang mit dem Mandat der Mission.

Die Mission setzte ihre Unterstützung für die Arbeit der Wahlbehörde fort und konzentrierte sich in erster Linie auf die Umsetzung des Gesetzes über die Parteienfinanzierung, die Änderungen im Wahlrecht und die Verbesserungen des Wählerregistrierungssystems. Die Mission wird die Prüfung der wichtigsten politischen Parteien in Bosnien und Herzegowina durch die Wahlbehörde beobachten und der Wahlbehörde bei der Vorbereitung der Wahlen 2006 technische und fachliche Unterstützung anbieten.

**Missionsleiter:  
Botschafter Douglas Davidson  
Revidierter Haushalt: €  
17.583.300  
www.oscebih.org**

## Die Mission in Kroatien

2005 entwickelte und vertiefte die Mission den in den Jahren zuvor begonnenen Dialog mit der Regierung. Diese Partnerschaft erhielt im Juni durch den Besuch von Ministerpräsident Ivo Sanader im Hauptquartier der Mission einen neuerlichen Anstoß und erfuhr auch durch die Teilnahme der Minister für auswärtige Angelegenheiten und europäische Integration sowie für Bildung und für Justiz an den morgendlichen Sitzungen der

Mission zur Erörterung der Tagesarbeit eine weitere Verstärkung.

Der verstärkte Kontakt zu den Behörden bewirkte sowohl größeres Verständnis für die Arbeit der Mission als auch eine erhöhte Profilierung gegenüber der Regierung und der Bevölkerung Kroatiens. Er trug dazu bei, dass die Mission von der Regierung als wertvolle Hilfe bei der notwendigen Transformation des Landes akzeptiert wird.

Der Beschluss des Ministerrats der Europäischen Union vom 3. Oktober über die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit Kroatien bedeutete einen wichtigen Meilenstein für das Land. Am Morgen desselben Tages hatte die Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) mitgeteilt, dass Kroatien in den Wochen davor in vollem Umfang mit dem Strafgerichtshof kooperiert

habe. Als Folge davon wurde zum ersten Mal ein Fall des Strafgerichtshofs zur Gänze an die inländische Justiz verwiesen, was einen wichtigen Schritt des Landes auf dem Weg zur Normalisierung bedeutet. Ministerpräsident Sanader kommentierte diesen Schritt mit der Feststellung: „Damit wurde ohne Einschränkung anerkannt, dass Kroatien eine reife Demokratie ist.“

### **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

#### **FLÜCHTLINGSRÜCKKEHR**

Die Rückkehr der Flüchtlinge stellte auch 2005 eine große Herausforderung für die Regierung dar und war auch der Mission bei ihren Aktivitäten nach wie vor ein besonderes Anliegen. Gemeinsam mit der Regierung arbeitete die Mission daran, den rückkehrwilligen Flüchtlingen diese Rückkehr nach Kroatien unter angemessenen Bedingungen zu ermöglichen. Zu Jahresende meldeten die kroatischen Behörden rund 118.000 der 300.000 durch den bewaffneten Konflikt 1991 bis 1995 vertriebenen kroatischen Serben als zurückgekehrt.

Zur Erleichterung der Rückkehr veranstalteten die Europäische Kommission, der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nation (UNHCR) und die Mission eine trilaterale Ministerkonferenz für die Behörden von Kroatien, Bosnien und Herzegowina sowie Serbien und Montenegro. Diese Konferenz im Januar in Sarajewo schuf die Voraussetzungen für einen koordinierten regionalen Ansatz zur Lösung der noch offenen Flüchtlingsfragen bis Ende 2006. Dabei geht man von der Annahme aus, dass die Flüchtlingsfrage nur mit dem politischen Willen und der Zustimmung aller drei Regierungen gelöst werden kann. Auf dieser Konferenz unterzeichneten die drei Regierungen eine Erklärung, der zufolge einzelstaatlich umzusetzende Fahrpläne mit konkreten Zielvorgaben

und finanziellen Zusagen verabschiedet werden sollen. Die Mission und ihre internationalen Partner halfen der Regierung bei der Erstellung der Aufgabenliste für den Fahrplan Kroatiens.

Die Regierung setzte ihre Bemühungen um die Rückübertragung des ehemaligen Eigentums von kroatischen Serben, das während des Kriegs und danach besetzt worden war, fort und brachte sie mehr oder minder zum Abschluss. Von den Ende 2004 noch offenen 1500 Fällen blieben Ende 2005 nur rund 300; ursprünglich gab es 19.500 Fälle einer Besetzung privaten Wohnungseigentums. Zwei Drittel des nach wie vor besetzten Eigentums liegen in Dalmatien, die meisten in den Gemeinden Knin, Benkovac und Obrovac.

Die Regierung kam auch mit dem Wiederaufbau von Wohnraum voran. Sie hat zugesagt, im ersten Halbjahr 2006 die mehr als 6500 verbliebenen Wiederaufbauanträge zu erledigen. Bis Ende 2006 will sie die über 12.000 Berufungen behandeln, die gegen die ursprüngliche Ablehnung der Ansprüche eingebracht wurden. Die Nutznießer des staatlichen Wiederaufbauprogramms für Wohnraum, unter das rund 70 Prozent der 2005 wieder aufgebauten 8.200 Häuser und Wohnungen fallen, waren in erster Linie kroatisch-serbische Antragsteller.

Trotz der Bemühungen der Mission gibt es nach wie vor eine Kategorie von Flüchtlingen und Vertriebenen,

deren Anspruch auf angemessenen Wohnraum zum Großteil noch immer nicht anerkannt ist – und zwar jene, die einst in sozialen Wohnbauten in städtischen Gebieten lebten und denen ihre früheren Eigentums- /Mietrechte aberkannt wurden. Das kroatische Parlament und die Regierung verabschiedeten 2000/2002 und 2003 zwei Wohnraumbeschaffungsprogramme, deren Umsetzung nur äußerst langsam vonstatten geht. Bis Ende 2005 erhielt diese Gruppe nicht mehr als ein paar Dutzend Wohnungen.

#### **Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Rückkehr und Versöhnung**

*„... wo jeder seinen Platz hat ... ist Kroatien Heimat für alle seine Bürger“*

Im Dezember startete die Mission gemeinsam mit der kroatischen Regierung, UNHCR und der Delegation der Europäischen Kommission eine Kampagne zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Rückkehr und Versöhnung. Zielgruppe dieser Kampagne sind serbische Flüchtlinge und Vertriebene in den Nachbarländern sowie serbische Rückkehrer in Kroatien. Die Kampagne ermutigt Flüchtlinge und Vertriebene dazu, eine Rückkehr in ihr Heimatland in Betracht zu ziehen. Sie tritt für mehr Toleranz und Bereitschaft zur Versöhnung unter der Mehrheitsbevölkerung ein und will durch ein verstärktes Engagement der Regierung und der ortsansässigen Bevölkerung für Rückkehr und Integration ein rückkehrfreund-

liches Klima fördern.

Zwischen 1. und 15. Dezember sendeten die größten öffentlichen und privaten Rundfunkanstalten im Fernsehen und im Radio einen Werbespot zur Unterstützung der Kampagne in Kroatien, Bosnien und Herzegowina und Serbien und Montenegro. Auf mehr als 450 Plakatflächen war dieser Slogan in allen drei Ländern für jedermann zu lesen. (Weitere Informationen zu dieser Kampagne unter [www.povratak.hr](http://www.povratak.hr).)

### **Ruzica Bjedov erhält ihre Wohnung zurück**

Im August 1995, zur Zeit der „Operation Sturm“ in Ostslawonien, lebte Ruzica Bjedov in einer Wohnung in Knin, mit der Eigentums-/Wohnrechte verbunden waren. Bald darauf wurde sie von Mitgliedern der Miliz aus ihrer Wohnung vertrieben. Im September floh sie aus dem Land; ihre Wohnung wurde besetzt.

Als sie 2001 nach Knin zurückkehrte, konnte sie nicht mehr in ihre Wohnung. Sie war gezwungen, ihr Leben in einer armseligen und ungeeigneten Behausung zu fristen. Im Januar 2004 beantragte Frau Bjedov Hilfe bei der Wiederinbesitznahme ihrer Wohnung auf Grundlage eines kroatischen Gesetzes für besondere Problemzonen.

Im Juli 2005 stattet der Leiter der OSZE-Mission, Botschafter Jorge Fuentes, Frau Bjedov einen Besuch ab, um sich über ihren Fall zu informieren. Um die Angelegenheit zu beschleunigen, richtete er ein Schreiben an den Bürgermeister von Knin und nahm Kontakt mit der staatlichen Behörde für Flüchtlingsfragen auf.

Im November erhielt Frau Bjedov auf Grundlage des Gesetzes für besondere Problemzonen eine Wohnung in demselben Gebäude, in dem sich auch ihre frühere Wohnung befindet.

„Ich bin sehr glücklich über meine neue Wohnung; sie ist die sogar noch schöner als die, in der ich früher gelebt habe“, erklärt sie.

### **RECHTSSTAATLICHKEIT**

Die Mission und das Justizministerium bemühten sich um die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Justiz, die nach Ansicht der kroatischen Bürger eine der langsamsten staatlichen Institutionen ist. Haupt-

problem des Justizapparats war der hohe Aktenrückstau auf allen Ebenen. 2005 wurden einige Gesetzesvorlagen zur Reform der Justiz ausgearbeitet; sie sollen 2006 verabschiedet werden.

Im September erließ das Justizministerium eine Strategie zur Reform der Justiz mit Maßnahmen zum Abbau des Rückstands bei Gerichtsverfahren. Unter Hinweis auf die Wichtigkeit und Dringlichkeit der Reformbemühungen ließ der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Herbst mehrere Urteile ergehen, in denen Verstöße gegen das Recht kroatischer Bürger auf ein gerechtes Gerichtsverfahren innerhalb zumutbarer Fristen und auf Zugang zur Justiz bemängelt wurden.

2005 setzte die Mission ihre Beobachtung von Kriegsverbrecherprozessen fort. In der zweiten Jahreshälfte kam die Strafverfolgung von Kriegsverbrechen im Inland deutlich voran. Im Laufe des Jahres fanden einige Prozesse in Abwesenheit der Angeklagten statt, was die Notwendigkeit einer verstärkten zwischenstaatlichen Zusammenarbeit zwischen den Justizbehörden in Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Serbien und Montenegro deutlich macht. Um dieser Notwendigkeit Rechnung zu tragen, organisierte die Mission im Juni eine Ministerkonferenz in Brioni zur Verstärkung der justiziellen Zusammenarbeit in der Region. Gemeinsam mit Richtern und Staatsanwälten machten die Justizministerien der drei Länder die rechtlichen Hindernisse fest, die eine Überstellung von unter Anklage stehenden Staatsangehörigen dieser drei Länder und die Weiterleitung ihrer Akten zwischen den drei Ländern beeinträchtigen.

### **Verweisung des ersten ICTY-Prozesses an Kroatien**

Mitte September verwies das zuständige Gremium des Jugoslawien-Tribunals das Verfahren gegen Mirko Nora\_ und Rahim Ademi an Kroatien, ganz im Sinne der Ausstiegsstrategie des Gerichtshofs durch Beendigung der Verfahren. Nora\_ und Ademi standen wegen Kriegsverbrechen vor Gericht, die sie während einer kroatischen Militäroffensive 1993 in Südwestkroatien gegen unbeteiligte serbische

Zivilpersonen und Soldaten verübt hatten. Sie wurden persönlich und auch als Verantwortliche für Taten ihrer Untergebenen angeklagt.

Die formale Verweisung des Falles vom Gerichtshof an den kroatischen Generalstaatsanwalt erfolgte im November. Das zuständige Gremium genehmigte die Übertragung, nachdem es sich davon überzeugt hatte, dass die kroatische Justiz in der Lage ist, ein gerechtes Verfahren durchzuführen. Die Faktoren, die zu dieser Entscheidung beitrugen, waren unter anderem ein geeigneter Rechtsrahmen, Zeugenschutz, zwischenstaatliche Zusammenarbeit, keine Verhängung der Todesstrafe und ein OSZE-Beobachtungsmechanismus. Wie das Justizministerium feststellte, war der Fall Nora\_ und Ademi die erste derartige Verweisung eines Prozesses an ein rein kroatisches Gericht. Der Fall wurde an das Komitatsgericht Zagreb, eines der vier Sondergerichte für Kriegsverbrechen in Kroatien, verwiesen.

Anfang 2005 unterzeichneten die Chefanklägerin des ICTY und der Amtierende Vorsitzende der OSZE eine Vereinbarung zur Überwachung der Durchführung von Kriegsverbrecherprozessen, die an Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Serbien und Montenegro verwiesen wurden, da die OSZE-Missionen über umfassende Erfahrungen mit der Überwachung von Kriegsverbrecherprozessen im Inland verfügen. Im Rahmen ihres Mandats beobachtete die Mission in Kroatien buchstäblich alle Kriegsverbrecherprozesse, was ihr einen einzigartigen Erfahrungsschatz in Bezug auf die Abwicklung derartiger Prozesse in Kroatien einbrachte.

Die Teilnehmer der Konferenz kamen übereinstimmend zu dem Schluss, dass in Anbetracht der Gesetzeslage in den drei Ländern der einzige Weg zur Zusammenarbeit die Weiterleitung der Strafakten und Beweismittel im Wege gegenseitiger Rechtshilfe sei. In der Praxis war in der zwischenstaatlichen justiziellen Zusammenarbeit zwischen Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Serbien und Montenegro bei einigen Fällen eine Verbesserung festzustellen. Erwähnenswert ist etwa, dass mehrere Zeugen aus Serbien und Montenegro bei der Wiederaufnahme der Causa Lora vor dem Komitatsge-

richt in Split (Kroatien) vor Gericht aussagten; es ging dabei um die Anklage gegen die kroatische Armee wegen Kriegsverbrechen gegen serbische Gefangene im Militärgefängnis Lora. Nach ihrer Rückkehr nach Serbien und Montenegro äußerten sich diese Zeugen gegenüber Medien positiv über ihren Auftritt vor einem kroatischen Gericht und ermutigten andere Zeugen dazu, sich zu offenbaren.

**Förderung der Minderheitenrechte.** Die Mission setzte ihre Zusammenarbeit mit der Regierung zur Umsetzung einiger Mechanismen des 2002 in Kraft getretenen Verfassungsgesetzes über nationale Minderheiten fort. Noch haben Minderheiten keine angemessene Vertretung in der staatlichen Verwaltung, der Justiz, den Gremien der Exekutive und den Selbstverwaltungsorganen erreicht. Als weiteren Schritt auf diesem Weg verabschiedete das Parlament in der zweiten Jahreshälfte ein neues Gesetz über den öffentlichen Dienst und Novellen zum Gesetz über kommunale und regionale Selbstverwaltung.

Die Mission konzentrierte sich unter anderem auf den Ausbau der Kapazitäten der nationalen Minderheitenräte. Gemeinsam mit dem Amt für nationale Minderheiten veranstaltete das Büro mehrere Tagungen über die Funktionsweise dieser Räte in Rijeka, Osijek und Split. Für das Frühjahr 2006 ist die Veranstaltung einer landesweiten Abschlusskonferenz geplant. Die Mission organisierte auch Schulungskurse zum Thema Minderheiten und Medien in Knin, Split und Zadar, um diesen Räten zu einer besseren PR-Arbeit im Hinblick auf die Präsentation ihrer Funktionen und Aufgaben in der Öffentlichkeit zu verhelfen.

**Wahlrechtsreform.** Die Mission trat weiterhin für eine umfassende Wahlrechtsreform ein. In der Vergangenheit hatten die Mission und das BDIMR die Einrichtung eines ständigen Gremiums zur Vorbereitung und Durchführung von Wahlen, zur Erhöhung der Transparenz der Wahlkampffinanzierung und der Wählerlisten sowie zur Optimierung der Stimmabgabe im Ausland empfohlen. Bei den Kommunalwahlen im Mai traten Probleme im Zusammenhang mit der Arbeits-

weise der kommunalen Verwaltungsstellen, politische Absprachen und Manipulationen zutage. Eine der zentralen Schwierigkeiten war die Frage, ob der Prozentsatz der Minderheitenvertretungen in den kommunalen und regionalen Selbstverwaltungsgremien auf Grundlage der aktualisierten Wählerlisten oder auf Grundlage der Volkszählung 2001 berechnet werden sollte. Diese Probleme schärfen das Bewusstsein der Behörden und der Öffentlichkeit für die Notwendigkeit einer Wahlreform.

Als erster konkreter Schritt zu einer derartigen Reform wurden im Parlament zwei Gesetzesvorlagen eingebracht – eine für die Direktwahl von Bürgermeistern und Präfekten und die zweite für die Einrichtung einer festen staatlichen Wahlkommission. Eine derartige Kommission wird die Justiz entlasten, der mit der Überwachung der Wahlen neben ihren ordentlichen Aufgaben eine zusätzliche Belastung aufgebürdet wurde; sie wird auch die ordnungsgemäße Führung und regelmäßige Aktualisierung der Wählerlisten kontrollieren.

**Medienfreiheit.** Die Entwicklung der kroatischen Medien stand nach wie vor im Zentrum der Tätigkeit der Mission. Sie betonte immer wieder, wie wichtig angemessene Lösungen zum Schutz der öffentlichen Medien gegen politische Einflussnahme seien. Die 2005 gegen Journalisten des öffentlichrechtlichen Senders erlassenen Strafmaßnahmen könnten als Zeichen eines derartigen Druckes ausgelegt werden. Die Regierung konnte die Frist für die Novellierung des Gesetzes über die kroatische Rundfunk- und Fernsehanstalt (HRT), die bis Jahresende abgeschlossen sein sollte, nicht einhalten. Die Mission wird mit der Regierung weiter an der Abänderung des Gesetzes im Lichte der Vorschläge des Europarats, der Delegation der Europäischen Kommission und der Mission arbeiten, in denen verbesserte Mechanismen zur Unterbindung politischer Einflussnahme auf die Arbeit des öffentlichrechtlichen Senders gefordert werden.

Die Anklage des ICTY wegen Missachtung des Gerichts gegen Journalisten, die die Identität und Aussage einer unter Zeugenschutz stehenden Person enthüllt hatten, löste

eine öffentliche Mediendebatte über die Notwendigkeit aus, Medienfreiheit, Rechenschaftspflicht und Rechtsstaatlichkeit gegeneinander abzuwägen.

Im Bereich der Gesetze gegen Verleumdung und üble Nachrede gab es 2005 positive Entwicklungen. Im November arbeitete das Justizministerium Änderungen zum Strafgesetzbuch aus, um Verleumdung und üble Nachrede zur Gänze zu entkriminalisieren, wofür sich die Mission und der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit eingesetzt hatten. Die Änderungen werden dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt.

## DEMOKRATISIERUNG

In diesem Bereich konzentrierte sich die Mission 2005 darauf, bei der Konsolidierung des Rechtsrahmens für die Zivilgesellschaft mitzuhelfen. Von zentraler Bedeutung war in diesem Zusammenhang die Unterstützung und Beratung der wichtigsten staatlichen Institutionen Kroatiens, die mit nichtstaatlichen Organisationen (NROs) und der Zivilgesellschaft zu tun haben, namentlich die Nationale Stiftung für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und das Amt für Verbände und Vereinigungen. Die Mission war diesen Institutionen bei der Erarbeitung einer eigenen Strategie behilflich und unterstützte sie bei der Programmentwicklung und dem Aufbau eigener Kapazitäten, damit sie ihrem Mandat nachkommen können. Gemeinsam mit anderen internationalen Partnern fungierte die Mission auch als Bindeglied zwischen Institutionen der Zentralregierung und örtlichen NROs.

In den Bereichen Good Governance und Zivilgesellschaft entwickelte die Mission mehrere Projekte für Rückkehr und Wiedereingliederung, Rechtsstaatlichkeit, Medien und Polizei. Insgesamt wurden 87 Projekte entwickelt und in Angriff genommen, deren Kosten sich auf rund 1,15 Millionen Euro belaufen.

**Polizeientwicklung.** Im Einklang mit dem Fahrplan des Innenministeriums für 2004 setzte die Mission ihre Zusammenarbeit mit dem Ministerium in Fragen der Polizeireform fort. Eines der wichtigsten Elemente der Reform ist die Entwicklung eines absolut transparenten Personalverwaltungssystems für

Polizeibeamte und zivile Mitarbeiter. Im Juni unterstützte die Mission gemeinsam mit deutschen Polizeixperten einen Workshop für die Verwaltung von Personalressourcen.

Einen weiteren Schwerpunktbereich bildete die Hilfestellung für die kroatische Polizei auf dem Gebiet des *community policing*. Für das Programm zur Ausbildung so genannter „Kontaktbeamter“ für *community policing* stellte die Mission Schulung und Beratung durch Fachleute zur Verfügung; dies ist ein wesentlicher Teil der Polizeireform. 2005 kamen über 400 Beamte zum Einsatz, bis März 2006 sollen laut Plan 700 ausgebildete Polizisten ihren Dienst antreten. Weiters führte sie im

September in der Region Zadar auch ein Projekt zur Aufklärung von Schulkindern über die Arbeit der Polizei durch, mit dessen Hilfe das neuartige Konzept einer bürgernahen Polizeiarbeit besser in der Bevölkerung verankert werden soll.

**Genderfragen.** Im Oktober veranstaltete die Mission in Unterstützung der Tätigkeit des kroatischen Menschenrechtsamtes eine Konferenz zum Thema Menschenhandel. An der Konferenz, die Mechanismen zur Bekämpfung des Menschenhandels vorstellen und einen Fahrplan für künftige Maßnahmen festlegen sollte, nahm auch die Sonderbeauftragte der OSZE für die Bekämpfung des Menschenhandels teil.

Die Mission arbeitete auch etliche Projekte mit Genderschwerpunkt aus. Eines dieser Projekte, das aus außerbudgetären Beiträgen des italienischen Außenministeriums finanziert wurde, stand unter dem Slogan „Frauen schaffen es“. Bei diesem Projekt ging es darum, Frauen zur Teilnahme am politischen und zivilgesellschaftlichen Leben in Kroatien zu ermutigen.

**Missionsleiter:**

**bis 30.4.2005**

**Botschafter Peter Semneby, anschließend:**

**Botschafter Jorge Fuentes**

**Monzonis Villalonga**

**Revidierter Haushalt: € 9.218.800**

**[www.osce.org/croatia](http://www.osce.org/croatia)**

## Die Mission im Kosovo

Im Jahr 2005 wurde die Übergabe administrativer Zuständigkeiten an die vorläufigen Selbstverwaltungsinstitutionen im Kosovo (PISG) beschleunigt und es wurden Verhandlungen über den künftigen Status aufgenommen.

Als eigene Komponente der VN-Mission im Kosovo (UNMIK) ist die

OSZE-Mission im Kosovo bemüht, in Zusammenarbeit mit ihren Partnern die Konsolidierung der demokratischen Entwicklung und politisch reifer Institutionen zu unterstützen. Ziel der Mission ist es, diesen in den „Standards für den Kosovo“ festgelegten Erfordernissen nachzukommen und dabei auch neue

Möglichkeiten zu nutzen.

Die Mission konzentrierte sich auf die Förderung der Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Reformen insbesondere im Hinblick auf die Lokalverwaltung und auf ihre Funktion als Anwalt für grundlegende Menschenrechte und Grundfreiheiten. Für die Verwirklichung dieser

Agenda ist die Zusammenarbeit mit ihren internationalen Partnern und den PISG des Kosovo unverzichtbar, die dem Kosovo dabei helfen soll, auf dem Weg in eine stabile Zukunft auf der Grundlage von Frieden und Toleranz zwischen den verschiedenen Volksgruppen weiter zu kommen.

### **Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension**

#### **POLIZEIAUSBILDUNG UND -ENTWICKLUNG**

Die Kosovo-Polizei (KPS) übernahm 2005 mehr und mehr Verantwortung für Polizeieinsätze. Die Mehrheit der Polizeistationen und regionale Kommandofunktionen wurden an neu ernannte KPS-Beamte übergeben. In Anbetracht dieser positiven Entwicklung zur verstärkten Übernahme in örtliche Verantwortung verlagerte die Mission ihren Schwerpunkt auf den Übergabeprozess der von der Mission betriebenen Kosovo-Polizeiakademie und auf die Entwicklung eines Rechtsrahmens für die KPS.

Im Laufe dieses Jahres wurden an der Akademie 673 weitere Kosovo-Polizisten ausgebildet, wodurch sich die Gesamtzahl der Polizisten, die ihre Grundausbildung erfolgreich abgeschlossen haben, auf 7.600 erhöhte. 15 Prozent davon sind Frauen und 16 Prozent kommen aus Minderheitengemeinschaften.

**Schaffung eines Rechtsrahmens für die Kosovo-Polizei.** Eine demokratische Polizei braucht den Rückhalt eines stabilen rechtlichen Rahmens, der uneingeschränkt den Prinzipien der Rechenschaftspflicht und Transparenz verpflichtet ist und auch die einzelnen Volksgruppen berücksichtigt. Derzeit bereitet sich die Kosovo-Polizei auf die Übernahme der Befugnisse einer Polizeibehörde im Kosovo vor, doch fehlt diese Rechtsgrundlage nach wie vor. 2005 leistete die Mission gemeinsam mit Experten von UNMIK, den PISG und anderen Organisationen Hilfestellung bei der Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage für die Kosovo-Polizei.

**Unterstützung für Ausbildung und Entwicklung im Bereich öffentlicher Sicherheit.** Ein wichtiger Aspekt der am 20. Dezember verabschiedeten und als rechtlicher und ethischer Rahmen für die Polizei gedachten Verordnung betreffend die KPS ist die geplante Errichtung einer Kosovo-Akademie für öffentliche Sicherheit, Ausbildung und Entwicklung im Jahr 2006. Diese Institution wird als unabhängige Einrichtung im Rahmen der PISG einem Aufsichtsorgan unterstellt sein, das die Einhaltung von Mindestanforderungen für Ausbildung und Entwicklung sicherstellen soll. 2005 erhielten über 14.000 Auszubildende aus verschiedenen Bereichen der öffentlichen Sicherheit (Polizisten, Beamte des Strafvollzugs, Zollbeamte und Führungskräfte für Katastropheneinsätze) eine Aus- und Fortbildung an der Polizeiakademie.

Als unmittelbare Reaktion auf die Unruhen im Kosovo im März 2004 veranstaltete die Polizeiakademie Kurse für den Umgang mit Unruhen in der Bevölkerung. Grundlage des Programms bilden die Taktiken der dänischen *Force Mobile*, die der Polizei beim Aufbau von Kapazitäten für die Bewältigung derartiger Situationen helfen, unter anderem durch die Aussonderung gewalttätiger Demonstranten, die Verhinderung von tätlichen Angriffen auf Personen und von Sachbeschädigung. 2005 nahmen über 1200 Polizisten an diesem Kurs teil.

#### **Polizeiarbeit in enger Zusammenarbeit mit der Bevölkerung**

Eine wichtige Initiative der Polizeiakademie zielt darauf ab, die Bevölkerung in die Polizeiarbeit einzubeziehen. Gemeinsam mit internationalen und lokalen Partnern gründete die Mission eine Len-

kungsgruppe für bevölkerungsnaher Polizeiarbeit im Kosovo, ein Aufsicht-, Koordinierungs- und Unterstützungsgremium für Community Policing, Verbrechenverhütung und öffentliche Sicherheit. Die Gruppe erarbeitete die Strategie für öffentliche Sicherheit im Kosovo, durch die alle Teile der Gesellschaft in vollem Umfang in die Bemühungen eingebunden werden sollen, den Kosovo für alle sicherer zu machen.

Auf mehr lokaler Ebene beruft die Mission im Rahmen ihres Programms Aktionsteams für öffentliche Sicherheit weiterhin Diskussionsforen für einen lebhaften Austausch und Bürgerbeteiligung ein. Solche Sicherheitsinitiativen für die Bevölkerung werden derzeit in 16 kosovarischen Gemeinden unterstützt. Diese Teams greifen Anliegen der Bevölkerung auf, um die Kriminalität einzudämmen und gleichzeitig Sicherheit und Schutz zu verstärken. Die Mission arbeitete gemeinsam mit KPS-Polizisten, Vertretern der Kommunalverwaltung, Menschen aus der Bevölkerung und Ausbildnern für Community Policing am Ausbau und der Vertiefung einer Partnerschaft in den Gemeinden.

**Einrichtung einer Polizeiinspektion.** Die Mission bereitete den Boden für eine Polizeiinspektion, ein unabhängiges Aufsichtsorgan, das Effizienz und Effektivität der Polizeistationen und Polizeiabteilungen prüfen und befugt sein wird, allen Beschwerden über gravierendes Fehlverhalten von KPS-Beamten aller Ränge nachzugehen. Diese Institution wird auf den Prinzipien Rechenschaftspflicht und Transparenz beruhen, die das Fundament jeder demokratischen Polizeiarbeit bilden, und wird die einzige ihrer Art auf dem ganzen Balkan sein. 2005

plante die Mission die erste Phase des Projekts, die aus einem umfassenden Aufbauprogramm für Inspektions- und Ermittlungskapazitäten besteht.

**Initiativen gegen organisierte Kriminalität.** Zur Unterstützung des Ausbildungsnetzes des Stabilitätspakts für Südosteuropa zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität veranstaltete die Mission gemeinsam mit Experten von Interpol und Europol das erste von drei Schulungsprogrammen gegen organisierte Kriminalität und Drogen delikte in Südosteuropa. Dieses Netz gibt den Führungskräften bessere Fähigkeiten und Techniken im Kampf gegen die organisierte Kriminalität auf der Grundlage europäischer und anderer internationaler Standards und Normen an die Hand. Es wird auch die Beziehungen zwischen Polizeiermittlern in der Region erleichtern und sie mit anderen internationalen Partnern bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität verknüpfen.

#### **Fachkurse für KPS-Beamte**

Bislang war die Grundausbildung der Polizei Hauptaufgabe der Polizeiakademie, die sich nun immer mehr auf Verwaltungs- und Führungsaufgaben verlegte sowie auf Spezial- und Fachkurse, die unter anderem Kompetenzen im Bereich der strafrechtlichen Ermittlung, Überwachung, Kriminaltechniken und die Bekämpfung der organisierten Kriminalität zum Gegenstand hatten. KPS-Beamte wurden auch in modernen Techniken für den Umgang mit häuslicher Gewalt ausgebildet, gegenüber Menschenhandel sensibilisiert und in Community Policing geschult.

#### **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

##### **MENSCHENRECHTE**

**Aufbau von Menschenrechtskapazitäten.** Um das Amt des Premierministers der PISG bei der Entwicklung der institutionellen Mechanismen für Gleichstellung der Geschlechter, Minderheitenschutz und allgemeinen Schutz der Menschenrechte zu unterstützen, wurden OSZE-Menschenrechtsberater bestellt. Vorläufiger Höhepunkt dieser Bemühungen war der Beschluss des Premierministers, in allen Mi-

nisterien eine Menschenrechtsabteilung einzurichten.

Die Mission setzte auch in 17 Gemeinden im gesamten Kosovo (Serbien und Montenegro) ihr Expertenprogramm für Menschenrechte fort. Hauptziel des Programms ist der Aufbau bestandfähiger und autonomer Menschenrechtskapazitäten in den Kommunalverwaltungen durch laufende Beratung und Schulung von Gemeindebediensteten. Die Verantwortung für dieses Programm wird derzeit den Gemeindebehörden übertragen. Die Mission stellte dem kosovarischen Institut für öffentliche Verwaltung einen Konsulenten zur Verfügung, der dabei behilflich sein soll, das Thema Menschenrechte als Querschnittsaufgabe in alle Schulungsmaßnahmen für Staatsbedienstete aufzunehmen und so dafür zu sorgen, dass der Aufbau von Menschenrechtskapazitäten im öffentlichen Dienst des Kosovo selbständig weitergeführt wird.

Das Programm der Mission zum Aufbau von Kapazitäten bediente sich verschiedener Workshops und Seminare, um öffentlich Bedienstete in Menschenrechten zu unterweisen und sie anzuleiten, in ihre tägliche Arbeit menschenrechtsverträgliche Methoden zu übernehmen. Die Mission arbeitete mit Menschenrechtsjugendclubs für Oberschüler zusammen, um den Jugendlichen zu helfen, durch eine informierte Debatte ein kritisches Verständnis für Menschenrechte zu entwickeln. Für den Staatsbürgerkundeunterricht im Kosovo führte sie nach Rücksprache mit dem PISG-Ministerium für Wissenschaft, Unterricht und Technik an allen Schulen für die sechste Schulstufe ein Unterrichtsprojekt für Menschenrechte ein.

#### **Monitoring des Justizapparats.**

Die Mission setzte ihr Monitoring des Justizapparats im Kosovo fort. Im strafrechtlichen Bereich wurde im Dezember 2005 ein umfassender Bericht über die Reaktion der Justiz auf die Unruhen vom März 2004 veröffentlicht. Der Bericht stellte einige besorgniserregende Fakten fest, wie Erschwerung der Beweisaufnahme durch Untertauen der Verletzten oder Einschüchterung von Zeugen, Verschleppung von Verfahren, unzulängliche Anklagevorbereitung und

eine Tendenz zu milden Urteilsprüchen.

Im zivilrechtlichen Bereich beobachtete die Mission ein breites Spektrum von Verfahren in den Bereichen Familienrecht, Arbeitsrecht und Vertragsrecht, mit besonderem Augenmerk auf Eigentumsstreitigkeiten. Sie machte dabei auf ein konkretes Thema aufmerksam, nämlich die Bestellung einstweiliger Bevollmächtigter bei Eigentumsstreitigkeiten, in denen Minderheitenangehörige beklagte Partei sind. Kurz darauf begannen einige Richter, von dieser Praxis im Sinne des Rechtsstaates Abstand zu nehmen.

#### **Schutz von Eigentumsrechten.**

Häufig geht es bei den Spannungen in einer Gesellschaft nach einem Konflikt wie im Kosovo um Eigentumsfragen. Deshalb arbeitet die Mission partnerschaftlich mit lokalen und internationalen Behörden auf die Schaffung einer funktionierenden Rechtsordnung für Eigentumsfragen hin. Die diesbezüglichen Aktivitäten der Mission gingen in drei Richtungen. Erstens koordinierte die Mission ihre Aktivitäten zu Eigentumsfragen im Rahmen der Standardimplementierung mit den PISG. Zweitens kontrollierte die Mission die Verwaltungs- und Justizbehörden in Bezug auf Eigentumsrechtsfragen, wobei die Schaffung wirksamer Mechanismen zur Lösung von konfliktbedingten Streitigkeiten im Mittelpunkt stand. Und schließlich stellte die Mission der Regierung Gutachten für eine Reform des Eigentumsrechts zur Verfügung und war bei der Entwicklung einer umfassenden Strategie für Eigentumsrechte und Rückkehrfragen behilflich.

#### **Illegale Inbesitznahme ist keine Lösung**

Die Mission und das PISG-Ministerium für Umwelt und Raumplanung führten eine multimediale Kampagne zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die illegale Inbesitznahme von Wohnungseigentum durch. Die Kampagne rief zur Achtung von Eigentumsrechten auf und betonte, dass das im Kosovo weit verbreitete Problem der illegalen Inbesitznahme keine gangbare oder legitime Lösung für die Wohnraumbeschaffung ist. Schwerpunkte der Kampagne waren die Auswirkungen der illegalen Inbesitznahme auf Menschenrechte und Rechtsstaat-

lichkeit und die notwendige Verstärkung des Rechtsrahmens sowie die Beilegung aller Eigentumsstreitigkeiten und Umsetzung aller Gerichtsurteile.

**Bekämpfung des Menschenhandels.** Der mit Unterstützung der Mission erstellte Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels im Kosovo wurde von den PISG im August in Angriff genommen. Mit örtlichen Nichtregierungsorganisationen (NROs) als Partnern bei der Umsetzung konzentrierte sich die Mission bei ihrer Arbeit auf inländische Opfer des Menschenhandels.

Im ganzen Kosovo führte die Mission Aufklärungsprogramme zu Themen im Zusammenhang mit Menschenhandel und geschlechtsbezogener Gewalt durch. Die PISG sowie NROs erhielten technische Unterstützung in Form von Beratung und Konsultation, durch die die Koordinierung zwischen den verschiedenen Partnern erleichtert und die Zusammenarbeit bei der Verhütung von Menschenhandel, der Opferhilfe und der Umsetzung eines Leitmechanismus gestärkt werden sollte.

Die Mission unterstützte die Schulung maßgeblicher NRO-Partner in Bezug auf die bestehenden Rahmenbedingungen und Beistands- und Unterstützungsmechanismen für Opfer häuslicher Gewalt, für den Umgang mit der besonderen Situation der Opfer von geschlechtsbezogener Gewalt bzw. Menschenhandel und für geeignete psychologische bzw. medizinische Methoden zur Behandlung von Opfern. Die Mission setzte sich auch wie bisher für die Schaffung sicherer Unterkünfte für Opfer einschließlich Kindern ein, die vorübergehend einen sicheren Zufluchtsort brauchen. Sie half bei der Planung von Schulungskursen gegen häusliche Gewalt und *dating violence*, durch die häusliche Gewalt insbesondere unter Jugendlichen verhindert werden soll.

#### **Beratung für das Amt des Premierministers der PISG in Genderfragen**

Ein Schlüsselbereich der Aktivitäten der Mission im Rahmen ihres Programms für gutes Regieren ist ihre Unterstützung für die im Amt des Premierministers der PISG angesiedelte Beratungsstelle für gutes

Regieren, Menschenrechte, Chancengleichheit und Gender sowie für die Beratungsstelle für Gleichstellung der Geschlechter. Diese Beratungsstellen sind wichtige Ansprechpartner der Mission bei ihrer Tätigkeit zum Aufbau von zentralstaatlichen Institutionen und unterstützen den Premierminister bei der Übertragung von UNMIK-Zuständigkeiten in Menschenrechts sowie in Minderheiten- und Genderfragen. Das Amt des Premierministers erhielt auch Unterstützung in zahlreichen anderen Menschenrechtsfragen wie Rechtsdurchsetzung, Regierungsstrategie und -politik, Bürgerbeteiligung, Umsetzung der Standards und Verhinderung von Diskriminierung.

#### **DEMOKRATISIERUNG**

**Unterstützung für Institutionen der Zentralregierung.** Aufbauend auf ihre bisherigen Leistungen verstärkte die Initiative zur Unterstützung der Parlamentarischen Versammlung – die 2001 von der Mission und internationalen Partnern als wichtigstes Unterstützungsgremium für die Institutionen der Zentralregierung eingerichtet wurde – ihre Bemühungen, der Parlamentarischen Versammlung des Kosovo, einem Organ der PISG, bei der Integration in regionale Mechanismen für parlamentarische Zusammenarbeit zu helfen. Im Juni trug die Mission zur Organisation eines erstmals stattfindenden Treffens südosteuropäischer Parlamente in Prishtinë/Pri\_tina bei, bei dem die Kontrolle der Regierung durch das Parlament erörtert wurde.

Für den Premierminister und leitende Kabinettsmitglieder der PISG stellte die Mission auch ein maßgeschneidertes Unterstützungspaket zur Verfügung. Dieses „Exekutiv-Menü“ enthielt technische Erläuterungen zu Haushalts- und Strategieentwicklungsfragen und schloss auch Arbeitsbesuche in Wien und Brüssel ein.

#### **Hilfestellung für Entscheidungsträger zur Verbesserung von Verhandlungstechniken**

Zur Förderung eines konstruktiven Dialogs unterstützte die Mission ein umfassendes Programm für Entscheidungsträger und Regierungsvertreter, um deren Verhandlungstechniken durch Schulung in den Bereichen Kommunikation,

Führung und Teamwork zu entwickeln. Eine Schulungseinheit war auf Mitglieder der in den Dialog zwischen Prishtinë/Pri\_tina und Belgrad eingebundenen Facharbeitsgruppen zugeschnitten. Zur Vorbereitung auf die Statusgespräche wurden weitere Schulungseinheiten für die politischen Führungskräfte der Kosovoalbaner und der Kosovo-serben durchgeführt. Dabei ging es um Verhandlungstheorie, praktische Übungen zum Aufbau von Kompetenzen in Kombination mit der Erstellung eines Handbuchs für die Formulierung einzelner Teile einer Statusregelung.

**Unterstützung für Bürgerbeteiligung und Dialog.** Zur Unterstützung der Entwicklung und Konsolidierung einer proaktiven und wachsenden Zivilgesellschaft befasste sich die Mission mit der Stärkung der zivilgesellschaftlichen Netze und dem Aufbau von Kapazitäten in den Gemeinden, damit diese selbst ihre Anliegen vertreten und konstruktiv zur Entscheidung und zu politischen Prozessen beitragen können. Durch aktive Teilnahme lernten Bürgergruppen, wie man auf die politische Planung Einfluss nehmen und die Interessen der Bürger wirksam vertreten kann.

Jugendliche sind eine Gruppe, die der Mission ein besonderes Anliegen ist; sie war daher bemüht, ihnen die Grundsätze einer modernen demokratischen Gesellschaft zu vermitteln, unter Betonung von Toleranz und Achtung der Vielfalt. In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Kultur, Jugend und Sport der PISG und dem Netz kosovarischer Jugendlicher trat die Mission als Sponsor für Diskussionsveranstaltungen und politische Foren zur Entwicklung von Empfehlungen und Beiträgen zum kosovarischen Aktionsplan für die Jugend auf.

#### **Förderung des Dialogs zwischen Zivilgesellschaft und Kommunalverwaltung**

In der Region Pejë/Pe\_ unterstützte die Mission eine so genannte „Brücke zu den Bürgern“, die zur Entwicklung von Arbeitsbeziehungen zwischen der Kommunalverwaltung und der Bevölkerung beitragen soll. Dabei wurden eigene Lenkungsgruppen zur Ermittlung und Bearbeitung der Fragen eingerichtet, die im Gemeindebereich Anlass zur Sorge geben, wie Qua-

lität des Gesundheitswesens, Grund- und Sekundarschulwesen oder die Einhebung von Steuern auf Grundbesitz. Ihre Arbeit wurde von jungen Aktivisten unterstützt, die diese Fragen im Hinblick auf die Einhaltung der kommunalen Verordnungen, die Qualität der angebotenen Dienstleistungen sowie die Transparenz der Entscheidungsfindung und Umsetzung überprüften.

„Diese ‚Brücke zu den Bürgern‘ soll einen Mechanismus schaffen, der eine wirksame Umsetzung der demokratischen Prinzipien in der Praxis sicherstellt und den Bürgern Einflussnahme auf kommunale Entscheidungsprozesse ermöglicht“, erläutert Adem Lushaj von der Vereinigung unabhängiger Intellektueller aus Deçan/De\_ani, einer örtlichen NRO, die bei der ‚Brücke zu den Bürgern‘ mitmacht.

So wurden Gemeindebediensteten die Vorteile einer partizipatorischen Politik nahe gebracht, während die Bürger Kompetenzen entwickeln konnten, um Regierungsstellen zu überwachen und zu beraten.

**Stärkung der kommunalen Verwaltung.** Die Mission verstärkte ihre Unterstützung für Reformprozesse sowohl auf zentraler als auch auf kommunaler Ebene. Sie stellte dem Lenkungsgremium für kommunale Verwaltung und der Arbeitsgruppe für Rechtsvorschriften Gutachten zur Verfügung und fungierte als Kovorsitz der Arbeitsgruppe für den Aufbau von Kapazitäten.

Im Juni veranstaltete die Mission gemeinsam mit dem Ministerium für Kommunalverwaltung der PISG eine internationale Konferenz zur Reform der Kommunalverwaltung, bei der Kommunalpolitiker und Experten aus Südosteuropa ihre Erfahrungen einbringen konnten. Bei dieser Konferenz wurden das demokratische Funktionieren kommunaler Institutionen, multiethnische Gemeinschaften und Erfahrungen im Kosovo sowie außerhalb des Kosovo und das Thema wirtschaftliche Nachhaltigkeit erörtert.

Als Teil der Reformagenda wurden im September probeweise drei kommunale Dienststellen eingerichtet. In enger Zusammenarbeit mit den bestellten Abgeordneten des vorläufigen Parlaments führte die Mission Schulungskurse durch,

um ihnen das geltende Recht und die demokratischen Prinzipien nahe zu bringen. Diese Bemühungen sollten die reibungslose Umstellung auf eine dezentralisierte Form der Kommunalverwaltung sicherstellen und eine wirksamere und repräsentativere Volksvertretung fördern.

## RECHTSSTAATLICHKEIT

**Unterstützung für Juristen im Kosovo.** Mit Erfolg führte die Mission mehrere Projekte zum Aufbau von Kapazitäten durch, unter anderem Schulungen zur Vorbereitung auf die Rechtsanwaltsprüfung, Schulungskurse für NROs, die Rechtshilfe anbieten, weitere juristische Lehrgänge für Mitglieder der kosovarischen Anwaltskammer und Fachfortbildungstage für Rechtsberufe. Bislang nahmen fast alle Richter und Staatsanwälte des Kosovo an mindestens einer der über 50 Fortbildungstagungen der Mission im Rahmen des Programms für laufende juristische Fortbildung teil. Die Mission unterstützte auch das kosovarische juristische Institut bei der Durchführung eines dreimonatigen Pilotprogramms für Einführungskurse, an dem rund 60 Kandidaten für Rechtsberufe aus dem gesamten Kosovo teilnahmen.

**Unterstützung der Entwicklung eines menschenrechtsverträglichen Rechtsrahmens.** Die Mission begutachtete 2005 mehr als 40 Entwürfe für Rechtsvorschriften und Gesetzesvorlagen in Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte und rechtsstaatlicher Grundsätze. Dazu zählten auch eine Gesetzesvorlage über Prozesskostenhilfe sowie Gesetzesvorlagen zum kosovarischen Beamtenrecht, zur Gerichtsreform, zur Einrichtung des kosovarischen juristischen Instituts, zum Sprachengesetz, zur Volksanwaltschaft, zum Notstandsgesetz und zu parlamentarischen Untersuchungsausschüssen. Die Mission erstellte auch einen Bericht über alternative Streitbeilegung in zivilrechtlichen und strafrechtlichen Angelegenheiten und arbeitete mit dem Amt des Premierministers an einer Gesetzesvorlage zu Mediation.

Mit der zunehmenden Übertragung von Machtbefugnissen und Verantwortung an die örtlichen Institutionen befasste sich die Mission mit der Umsetzung der vom kosovarischen Parlament verabschiedeten

Gesetze durch die PISG. Die Analyse ergab, dass Durchführungsvorschriften zur Umsetzung der Gesetze nicht ausgearbeitet werden. Die Empfehlungen der Mission zur Vermeidung von Rechtsverletzungen enthielten auch eine verstärkte parlamentarische Kontrolle über die Exekutive.

## MEDIENENTWICKLUNG

**Aufbau zukunftsfähiger Medien.** Die Bemühungen der Mission in diesem Bereich bewirkten eine wesentliche Verbesserung des institutionellen und rechtlichen Rahmens für Medienunternehmen. Sie unterstützte die Einrichtung des Kosovo-Presserats, eines Gremiums zur Selbstkontrolle der Printmedien. Das Kosovo-Medieninstitut, eine Fortbildungseinrichtung für Medienschaffende, soll im Januar 2006 seinen Betrieb aufnehmen. Die Mission war auch den PISG des Kosovo bei der Ausarbeitung des Gesetzes über Verleumdung und üble Nachrede behilflich.

Zwei von der Mission eingerichtete Institutionen machten weitere Fortschritte auf dem Weg zu langfristiger Stabilität und Bestandfähigkeit: Radio/TV Kosovo (RTK) soll schon bald von der Parlamentarischen Versammlung des Kosovo Rechtsstatus zugesprochen werden, und die Institution des Medienkommissars auf Zeit begann mit der Umwandlung in eine unabhängige Medienkommission.

Zur Förderung eines besseren Verständnisses bei Polizei und Journalisten für ihre Rechte und Aufgaben und zur Stärkung ihrer wechselseitigen beruflichen Beziehung entwickelte die Mission Leitlinien für den Umgang beider Seiten miteinander. Das bedienerfreundliche Nachschlagewerk informiert die Polizei über die Rechte von Journalisten und den vorschriftsgemäßen Umgang mit ihnen und umreißt für Journalisten ihre Verantwortung im Umgang mit der Polizei.

## Radioprogramme für Roma

Die Mission unterstützte die Finanzierung einer Programmreihe in Roma-Sprache auf Radio Prizren, die sich mit Fragen auseinandersetzen sollte, die für diese Gemeinschaft von Belang sind. Diese Sendungen ermutigten die Roma dazu, sich ins zivilgesellschaftliche Leben

einzubringen, und förderten die Integration dieser Gemeinschaft in die Gesellschaft.

„Im Rahmen dieses Roma-Programms wurden Gäste in die Sendungen eingeladen und die Hauptanliegen der Roma-Gemeinschaft vermittelt, wie Bildungsdefizit, soziale Barrieren, öffentlicher Gebrauch der Roma-Sprache und Förderung der Gleichstellung. Die Roma-Gemeinschaft und die örtlichen Institutionen entwickelten größeres Verständnis für diese Probleme und wie man sie zum Nutzen unseres Gemeinwesens und der gesamten Gesellschaft löst“, erläuterte Nexhip Menkshe, Chefredakteur und Journalist des Roma-Programms von Radio Prizren.

### **Nachrichten in Gebärdensprache für Gehörgeschädigte im Kosovo**

Im Kosovo leben nach Schätzungen rund 15.000 Gehörgeschädigte, die Hälfte davon im schulpflichtigen Alter. 2005 begann RTK mit der Ausstrahlung von Nachrichten in Gebärdensprache, eine wichtige Entwicklung, die von der Mission und dem Gehörlosenverband des Kosovo unterstützt wird. Ziel der Initiative war es, einer häufig vernachlässigten Gruppe umfassendere Teilnahme am öffentlichen Leben zu ermöglichen. Die Programme sensibilisierten auch die Allgemeinheit verstärkt für diese schutzbedürftige Gruppe und förderten die Vereinheitlichung verschiedener Varianten der Gebärdensprache – eine unerwartete positive Nebenwirkung.

### **WAHLEN**

In diesem Jahr konzentrierte sich die Mission auf zwei besondere Herausforderungen: den Aufbau von Wahlkapazitäten sowie die Verstärkung der Zuständigkeit örtlicher Stellen für den Wahlrahmen und des Vertrauens in Bezug auf Wahlen.

Um eine reibungslose Übergabe der Verantwortung an die Zentrale Wahlkommission (CEC) samt ihrem operativen Arm, dem CEC-Sekretariat, zu ermöglichen, stellte die Mission diesen Institutionen auch weiterhin ihr Fachwissen in Wahlfragen zur Verfügung und übertrug ihnen mehr und mehr operative Verantwortung. Die lokale

Eigenverantwortung ist entscheidend, da die CEC als ein Gremium gedacht ist, das in Zukunft die gesamte Abwicklung aller operativen und technischen Aspekte von Wahlen im Kosovo übernehmen soll. Um eine effiziente Durchführung und glaubwürdige Wahlergebnisse sicherzustellen, bot die Mission für alle Wahlbereiche Unterstützung und Gutachten an, einschließlich für Aufgaben, die sie bei den letzten Wahlen übernommen hatte. Darüber hinaus setzte sich die Mission für den Aufbau von Kapazitäten im CEC-Sekretariat ein, unter anderem im Hinblick auf die Aufstellung der Wählerlisten, die Stimmabgabe außerhalb des Landes und die Leitung des Zentrums für Stimmauszählung und Wahlberechnung.

Die CEC und die Mission richteten auch ein Wahlforum ein, das sich mit möglichen Änderungen des Wahlrahmens für die Kommunalwahlen Ende 2006 auseinandersetzen sollte. Das aus Vertretern politischer Parteien, der Minderheitengemeinschaften und der Zivilgesellschaft bestehende Forum erörterte Schlüsselfragen, wie die Einführung offener Wählerlisten und die Sicherstellung einer gerechten Vertretung beider Geschlechter auf den Stimmzetteln und in kommunalen Versammlungen. Man befasste sich auch mit der Neuaufteilung der Wahlkreise und einer möglichen Unterteilung der bisherigen Wahlkreise in kleinere Einheiten.

### **BILDUNG UND JUGEND**

2005 liefen die Aktivitäten der Initiative der Mission zur Unterstützung der Jugend an, in deren Mittelpunkt die Unterstützung der Reformbemühungen an der Universität Prishtinë/Pri\_tina und der Institutionen des kosovarischen Bildungs- und Unterrichtswesens stand sowie die verstärkte Einbindung der Jugend in Entscheidungsprozesse.

Die Mission ist federführend bei den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um eine Modernisierung der Führungsstruktur der Universität Prishtinë/Pri\_tina und um die Straffung ihres Verwaltungssystems. Sie ist in dem Expertengremium vertreten, das bis zur Wahl eines neuen Rektors für die Kontrolle und Beratung des geschäfts-

führenden Leiters der Universität zuständig ist. Zur Unterstützung auf dieser Ebene gehört auch die Förderung der Entpolitisierung der universitären Führungsgremien und eines politischen Pluralismus in Studentenvereinigungen durch Hilfestellung bei der Abhaltung transparenter und demokratischer Wahlen für diese beiden Gremien. Die Mission verstärkte auch die Führungskapazitäten der Universität und führte eine Bedarfserhebung zur Feststellung der verbesserungsbedürftigen Bereiche der Haushaltsführung durch, wodurch die finanzielle Autonomie der Universität sichergestellt werden soll.

Die Mission unterstützte die PISG dabei, ihre Institutionen besser auf die Bedürfnisse junger Menschen abzustellen. Dem Bildungsausschuss des kosovarischen Parlaments der PISG stand ein Experte zur Verfügung, der bei der Entwicklung einer Bildungs- und Ausbildungsstrategie behilflich war, die für die Zukunft eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung anstrebt. Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Technik der PISG unterstützte diese „Vision eines Fahrplans“ als wichtigste Grundlage einer Strategie für den voruniversitären Bildungsbereich.

Die Mission unterstützte das erste Kosovo-Festival für lebenslanges Lernen, ein Konzept, das formales Lernen, außerschulische und informelle Bildung umfasst. Bei dieser von einer interministeriellen Arbeitsgruppe organisierten Veranstaltung kamen private und öffentliche Anbieter für Bildung und Ausbildung zusammen, um ein breites Spektrum an Möglichkeiten im Kosovo vorzustellen. Mit dieser Aktivität wollte die Mission die PISG und die Parlamentarische Versammlung des Kosovo dazu ermutigen, wirksame öffentlich-private Strategien und Politiken für lebenslanges Lernen zu entwickeln, um die Kluft zwischen formaler Bildung und dem Arbeitsmarkt überbrücken zu helfen.

**Leiter der Mission:  
Botschafter Werner Wnendt  
Revidierter Haushalt: €34.147.300  
www.osce.org/kosovo**

## Die Mission in Serbien und Montenegro

2005 konnte die Mission einige Erfolge in Bereichen verbuchen, die das Land und seine beiden Teilrepubliken vor große Herausforderungen stellten. Die Mitarbeiter der Mission im Hauptquartier in Belgrad (Serbien / Serbien und Montenegro), im Büro in Podgorica (Montenegro / Serbien und Montenegro), der Präsenz in

Südserbien und der Ausbildungszentren für Strafverfolgung in beiden Republiken unterstützten auch in diesem Jahr die demokratische Reform.

Ein Großteil der täglichen Arbeit der Mission galt der Unterstützung laufender Reformen, einschließlich der Förderung von Menschenrechten und Minderheitenrechten, der

Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten, der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität sowie der Stärkung der Kapazität serbischer Juristen, im Inland Kriegsverbrecherprozesse gemäß internationalen Standards durchzuführen.

Die Europäische Union nahm mit dem Staaten-

bund Verhandlungen über ein Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen auf, was wiederum den Anstoß zu weiteren Reformen im Jahr 2006 gab, die Serbien und Montenegro dabei helfen werden, künftig euroatlantischen Institutionen beizutreten.

### **Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension**

#### **Konfliktverhütung in Südserbien.**

Im Zentrum der Konfliktverhütungsaktivitäten der Mission standen die serbische und albanische Volksgruppe in Südserbien. Sie zielten darauf ab, den ethnischen Albanern Einfluss auf die Tätigkeit ihrer kommunalen Behörden zu ermöglichen, Vertrauen zwischen den verschiedenen Volksgruppen aufzubauen und örtliche Rechts- und Sicherheitsstrukturen zu schaffen, die allen Menschen in den Gemeinden zugute kommen.

Um die albanische Volksgruppe wieder zu integrieren, war die Mission den Behörden weiterhin bei der Umsetzung des Friedensabkommens von 2001 behilflich. Zur Verbesserung der Arbeit des von der Regierung ernannten südserbischen Koordinierungsgremiums unterstützte die Mission die Einrichtung von acht Arbeitsgruppen. Jede dieser Arbeitsgruppen befasst sich mit konkreten Themen, wie Sicherheit, Bildung, Gesundheit und Wirtschaftsentwicklung. In jeder Gruppe sitzen Vertreter der maßgeblichen Ministerien der Zentralregierung, der örtlichen Gemeinde und politische Führungspersonlichkeiten sowie Vertreter der örtlichen Verwaltungsgremien. Präsident Boris Tadić und Premierminister Vojislav Koštunica nahmen an der Wiedereinsetzung des Koordinierungsgremiums teil und bekräftigten ihre Verpflichtung zum Abbau der Spannungen und zur Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Region.

Um die Öffentlichkeit besser über diese Fragen zu informieren, stellte

die Mission Schulung und technische Hilfe für lokale Rundfunksender zur Verfügung, die mehrsprachige Programme produzieren. Studenten aus Minderheitengruppen erhielten eine spezielle Ausbildung, die sie zur Arbeit für örtliche Behörden, die Justiz und die Gemeindeversammlungen befähigt.

**Reform der Polizeidienste.** In Montenegro wurde im April ein neues Polizeigesetz verabschiedet, das einen Modernisierungsprozess einleitet. Das serbische Polizeigesetz wurde im November verabschiedet, nachdem die Mission und der Europarat eigene Expertengutachten zum Gesetzesentwurf vorgelegt hatten. Die Programme für Polizeiausbildung und -entwicklung führten moderne Lehrpläne für verschiedene Zielgruppen unter bereits aktiven Polizisten ein. Schulungskurse für Auszubildende wurden in die Hände einheimischer Auszubildender gelegt, die mehr und mehr die Verantwortung für Polizeiausbildung und berufliche Weiterbildung in beiden Republiken übernehmen. Die Mission unterstützte die Umwandlung der Polizeiakademie Sremska Kamenica in eine Polizeiausbildungseinrichtung für die Grundausbildung neuer Rekruten. Eine professionelle Polizeiausbildung gilt als entscheidender Faktor für eine dauerhafte Reform der Polizei in beiden Republiken. Die Einhaltung international anerkannter Standards insbesondere in Bezug auf einen wirksameren Schutz der Rechte der Bürger ist zentraler Angelpunkt dieser Bemühungen.

Die Mission koordinierte nach wie vor die internationale Unterstützung für die zehn Pileteinrichtungen für

*Community Policing* in Serbien, die drei Standorten in Südserbien direkte Hilfestellung leisten. In Zusammenarbeit mit dem Innenministerium und anderen internationalen Organisationen koordinierte die Mission auch die Erstellung nationaler Pläne für *Community Policing* in beiden Republiken. Die Mission war in ganz Serbien bei der Organisation von Diskussionsrunden behilflich, als deren Ergebnis Leitlinien zur Stärkung der Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Polizei und den Medien entwickelt wurden.

Zur Stärkung der Kapazitäten der Grenzpolizei für die Bekämpfung von Menschenhandel und grenzüberschreitender organisierter Kriminalität veranstaltete die Mission Fachseminare, stellte technische Ausrüstung zur Verfügung und war bei der Entwicklung einer integrierten Grenzmanagementstrategie behilflich.

**Fortgesetzter Kampf gegen die Korruption.** Im Rahmen der Bemühungen Serbien und Montenegros, das Land für Privatunternehmer und ausländische Investoren attraktiver zu machen, kommt Reformen zur Bekämpfung der Korruption eine zentrale Rolle zu. Die Mission unterstützte die Ausarbeitung und Durchführung von Korruptionsbekämpfungsgesetzen in den Bereichen öffentliches Beschaffungswesen, Verhütung von Interessenskonflikten, Parteienfinanzierung, Einrichtung eines Kontrollorgans auf höchster Ebene und einer unabhängigen Spezialeinheit für Korruptionsbekämpfung. Die Mission setzte auch ihre Unterstützung für den Antikorruptionsrat als Institutionen der serbischen Regierung fort.

Die Mission forderte die Regierungen von Serbien und Montenegro nachdrücklich auf, die internationalen Standards des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption in ihre Rechtsvorschriften zu übernehmen.

**Bekämpfung der organisierten Kriminalität.** Die Mission beobachtete mehrere Aufsehen erregende Prozesse in Serbien und Montenegro. Die Ermordung des Assistenten des Leiters des Direktors für strafrechtliche Ermittlungen, Slavoljub \_\_eki\_\_, in Podgorica führte auf tragische Weise die Notwendigkeit vor Augen, die Bemühungen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu verstärken.

Die serbische Strafverfolgungsbehörde und das italienische Direktorat für Mafiabekämpfung sind ein gutes Beispiel für wirkungsvolle internationale Zusammenarbeit im Bereich der Bekämpfung des organisierten Verbrechens. Zu ihrer Arbeit gehört die Veranstaltung von Fortbildungsseminaren in Italien für Staatsanwälte und Ermittler gegen organisierte Kriminalität.

Regional wurde die Zusammenarbeit durch die Unterstützung des Netzes südeuropäischer Staatsanwälte verstärkt, auf internationaler Ebene durch die Arbeit mit der Internationalen Vereinigung der Staatsanwälte. Die Mission setzte sich federführend für die legislative Entwicklung und die Anwendung der vorhandenen Gesetze in den Bereichen Beschlagnahme und Einziehung von Vermögen ein und förderte die Bekämpfung von Cyber-Verbrechen.

Bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Zeugenschutzgesetzen half die Mission Serbien und Montenegro durch die Bereitstellung von Gutachten. In Serbien wurde der Rechtsrahmen durch die Verabschiedung eines Strafgesetzbuchs verbessert, das neue Straftatbestände wie Terrorismusfinanzierung und Menschenhandel einführt.

**Kriegsverbrechen.** Die Mission trug zum Aufbau von Kapazitäten in der Justiz für die Strafverfolgung und Verhandlung von Kriegsverbrechen bei, indem sie Gutachten für die Ausarbeitung von Rechts-

vorschriften zur Verfügung stellte und bei einer landesweiten PR-Kampagne behilflich war. Die Mission beobachtete mehrere Prozesse in Serbien in Bezug auf die Einhaltung internationaler Standards. Gemeinsam mit der Mission in Bosnien und Herzegowina, der Mission in Kroatien und dem Konfliktverhütungszentrum des OSZE-Sekretariats förderte und erleichterte sie die justizielle zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Kriegsverbrecherprozessen

Serbien und Montenegros internationale Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien war ein Dauerthema der landesweiten Informationsstrategie der Mission. Ohne vollständige Zusammenarbeit kann der Staatenbund auf seinem Weg zur Integration in euroatlantische Institutionen nicht vorankommen. Einige angeklagte Polizisten und Militär-offiziere stellten sich freiwillig dem Gerichtshof in Den Haag, was einen Schritt in die richtige Richtung darstellt.

Die Zukunft Serbiens wird davon abhängen, wie Serbien mit den im ehemaligen Jugoslawien in den 90-Jahren begangenen Gräueltaten umgeht. In dem Bemühen, offene Diskussionen unter Studenten zu fördern, tat sich die Mission in Serbien mit der NRO *European Movement* und der Studentenunion zusammen und veranstaltete in größeren serbischen Zentren Ende 2005 und Anfang 2006 sechs Podiumsdiskussionen.

**Zivile Kontrolle der Streitkräfte.** Die demokratische Kontrolle der Armee und der Polizei- und Sicherheitseinrichtungen sowie ein klar umrissener Rechtsrahmen sind Voraussetzung für die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Serbien und Montenegro. Die Mission veranstaltete Aktionen zur Stärkung der für ein funktionierendes Sicherheitswesen unabdingbaren demokratischen Prinzipien. Dazu zählte die Förderung von Gesetzesänderungen durch Unterstützung von Parlament und Streitkräften bei der Ausarbeitung maßgeblicher Rechtsvorschriften.

## **Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umwelt-dimension**

**Verbesserung des Wirtschaftsklimas.** Zur Förderung der gesamtwirtschaftlichen und unternehmerischen Entwicklung setzte sich die Mission für eine stärkere Partnerschaft zwischen Gebietskörperschaften, dem Wirtschaftssektor und verschiedenen örtlichen Vertretern der internationalen Gemeinschaft ein.

Zur Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen unterstützte die Mission mehrere Ausbildungskurse für selbständiges Unternehmertum für sozial gefährdete Gruppen wie Roma. Gemeinsam mit anderen internationalen Organisationen war die Mission auch bei der Schaffung eines Unternehmungsgründungszentrums in Knja\_evac behilflich. Sechs weitere derartige Zentren sind im Entwicklungsstadium, darunter auch ein Zentrum für die Roma-Gemeinschaft in Valjevo. Diese Zentren sind in Gemeinden mit relativ hoher Arbeitslosigkeit angesiedelt und stellen Büroräume, Coaching und Unterstützungsdienste für Unternehmen in der Anfangsphase zur Verfügung.

Als Beitrag zur Sicherung der Energieversorgung nahm die Mission ein spezielles Programm unter dem Kürzel „3E“ in Angriff; damit sind Energie, Ökonomie und Umwelt (*Energy, Economy, Environment*) gemeint. Das Programm will den Einsatz erneuerbarer Energie und eine effizientere Energienutzung fördern und ist bei der Schaffung eines regionalen Energiemarkts behilflich.

In Montenegro nahm die Mission an mehreren Initiativen zur Sensibilisierung Jugendlicher für Umweltfragen und zur Förderung eines umweltverträglichen Tourismus als Maßnahme zur Arbeitsplatzbeschaffung teil.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Hilfe bei der Flüchtlingsrückkehr.** Hochrangige Vertreter Serbiens und Montenegros, Bosniens und Herzegowinas und Kroatiens sowie Vertreter von UNHCR, Delegationen

der Europäischen Kommission und OSZE-Missionen in diesen Ländern hielten im Januar in Sarajewo eine regionale Ministerkonferenz zu Flüchtlingsfragen ab. Diese Tagung förderte den zwischenstaatlichen Dialog auf regionaler Ebene über offene Flüchtlingsfragen. Bei dieser Veranstaltung verabschiedeten die drei Länder eine Grundsatzklärung, die sie bei der Ausarbeitung einer Liste anstehender Aufgaben berücksichtigen wollten. Neben einem Satz messbarer Erfolgsindikatoren sollten sie so genannte „Fahrpläne“ zur Lösung der offenen Fragen bis Ende 2006 ausarbeiten. Die Mission arbeitete auch an einem Projekt mit lokalen NROs, das derzeit in Serbien lebenden Flüchtlingen Rechtsbeistand und Unterstützung anbieten will.

**Unterstützung für eine unabhängige Justiz.** Zur Förderung eines unabhängigen Justizapparates nach internationalen Standards unterstützt die Mission eine größere funktionelle Autonomie der Staatsanwälte. In Serbien und Montenegro ist nach wie vor eine Strukturreform unumgänglich. Die Rechtsvorschriften betreffend Richter und die Staatsanwaltschaft müssen mit dem internationalen Recht in Einklang gebracht werden.

In Serbien unterstützte die Mission die Richtervereinigung, die Vereinigung der Staatsanwälte und das Ausbildungszentrum für Richter. Die Unterstützung umfasste eine Fortbildung für Richter zu den Themen Kriegsverbrechen und organisierte Kriminalität und betreffend Austauschprogramme mit anderen europäischen Vereinigungen.

**Hilfe bei der Gefängnisreform.** Die Mission leistet den Behörden beider Republiken Hilfestellung bei der Reform des Gefängniswesens, um damit die Verpflichtung des Staatenbundes aus internationalen Übereinkommen über die Behandlung von Häftlingen umzusetzen und internationale Menschenrechtsstandards zu übernehmen.

In Serbien war die Mission bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften für strafrechtliche Sanktionen behilflich. Als wichtiger Schritt auf dem Weg zur Reform der Gefängnisverwaltung führte das Gesetz alternative Formen von Sanktionen ein und stellte die erste serbische

Ausbildungseinrichtung für Gefängnispersonal auf eine institutionelle Basis.

#### **„Wenn ich Ministerpräsident von Serbien wäre ...“**

Zum zweiten Mal hintereinander organisierte die Mission auch in diesem Jahr einen Aufsatzwettbewerb für Oberschüler zum Thema „Wenn ich Ministerpräsident von Serbien wäre...“. Dieser Wettbewerb war Teil der Bemühungen der Mission zur Förderung eines politischen Bewusstseins bei Jugendlichen und fand im Mai statt. Die Jury, der prominente Journalisten und Menschenrechtsaktivisten aus Serbien und Montenegro angehörten, zeichnete drei Schüler aus, deren Aufsätze die besten eigenen Ideen und Vorstellungen von politischer Führung und Demokratie zum Ausdruck brachten.

So schrieb etwa der erste Preisträger Nikola Jovanovi\_ aus Ni\_: „Der Krieg auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien, an dem Serbien aktiv teilnahm, führte zu materieller Zerstörung, zu Morden und Verbrechen, für die häufig Menschen verantwortlich waren, die an der Spitze des politischen und öffentlichen Lebens unseres Landes standen. Das muss sich nun ändern, die heutige Generation muss dieses schwere Erbe antreten und alles tun, um das Land in die europäische Familie zu führen.“

Ein weiterer Preisträger, Ljubi\_a Bojanovi\_ aus Kraljevo, schrieb: „Als Nation haben wir das 20. Jahrhundert mit unnötigen politischen Experimenten und schwierigen Kriegen vertan, dieses Jahrhundert bietet uns die Chance, etwas Positives zu leisten ... Wäre ich an der Spitze der serbischen Regierung, könnte ich zeigen, dass es möglich ist, den Traum eines europäischen Serbiens zu verwirklichen.“

An dem Wettbewerb nahmen mehr als 1.000 Schüler von 100 höherbildenden Schulen teil. Als Preise winkten die Veröffentlichung der besten Arbeiten in der nationalen Tageszeitung *Danas*, ein Studienbesuch im OSZE-Sekretariat in Wien und eine großzügige Spende für die Bibliothek der jeweiligen Schule.

#### **MENSCHENRECHTE**

Auf Grundlage des von der Mission zur Verfügung gestellten Gutachtens verabschiedete Serbien ein

Gesetz für den Ombudsmann, der als „Beschützer der Bürger“ bezeichnet wird. Nach dem Vorbild des Ombudsmann-Amtes in der Republik Montenegro kann diese neue Institution Beschwerden von Bürgern gegen die öffentliche Verwaltung wegen Misswirtschaft, Diskriminierung oder anderen Verletzungen der Menschenrechte nachgehen.

In Montenegro wurde der Ombudsmann beim Start einer breit angelegten Informationskampagne unterstützt.

Mit ihren Aktivitäten in den Bereichen Menschenrechtsbeobachtung und Informationsmanagement kam die Mission auch regelmäßigen Ersuchen von Behörden, Organisationen und Einzelpersonen nach, die um eine Beurteilung und Begutachtung der Menschenrechtspolitik und Menschenrechtspraktiken der Regierung und anderer öffentlicher Stellen oder Einrichtungen baten.

**Unterstützung des Parlaments und der örtlichen Selbstverwaltung.** Die Mission organisierte auch in diesem Jahr Schulungskurse für örtliche Gemeindebedienstete über das serbische Selbstverwaltungsgesetz. Das Programm umfasste auch einen Kurs für wirksame Managementstrategien und Verhandlungskompetenzen und die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter auf allen Regierungsebenen. Das Büro in Podgorica unterstützte die Durchführung der neuen Selbstverwaltungsgesetze in Montenegro mit Schwerpunkt auf der Förderung der Bürgerbeteiligung durch Zentren für Information und Aufklärung der Bevölkerung und Schulungsseminare.

**Schutz der Menschenrechte von Angehörigen nationaler Minderheiten.** Die Mission konzentrierte sich auf die Bereitstellung von Schulung und Ausbildung für Mitglieder der nationalen Minderheitenräte zu Themen wie öffentliche Interessenvertretung, Konsultationsverfahren, Teamleitung und Führungskompetenz.

Eine besondere Zielgruppe bildete die Roma-Gemeinschaft, die mit besonders schweren sozialen und wirtschaftlichen Problemen konfrontiert ist, wie hohes Analphabetentum, hohe Arbeitslosigkeit und Ar-

mut. Die serbische Regierung schloss sich der Dekade für die Integration der Roma an und sagte zu, die sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Roma in Serbien zu verbessern. Die nationale Roma-Integrationsstrategie, die von der Mission unterstützt und im April vom nationalen Romarat verabschiedet wurde, muss noch von der Regierung genehmigt werden. Die Unterstützung umfasste ein breit angelegtes Schulungsprogramm für Mitglieder von Arbeitsgruppen, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen, um die Strategie in konkrete Aktionspläne und Projektvorschläge umzusetzen.

In Montenegro war die Mission bei der Errichtung einer Stiftung behilflich, die Stipendien für Roma-Studenten und Roma-Oberschüler bereitstellt.

**Kampf gegen Menschenhandel.** Die Mission führte in Serbien und Montenegro das Konzept nationaler Leitsysteme ein und setzte es um. Dadurch konnte der Staat seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen und die Menschenrechte der Opfer schützen, ein wesentliches Element im erfolgreichen Kampf gegen den Menschenhandel.

Besondere Aufmerksamkeit widmete die Mission auch lokalen Arbeitskreisen in beiden Republiken für Polizeibeamte, Staatsanwälte, Untersuchungsrichter sowie Richter; bei diesen Workshops kamen Teilnehmer aus allen für eine erfolgreiche Strafverfolgung maßgeblichen Institutionen zusammen.

Um sich über die Lage vor Ort auf dem Laufenden zu halten und ihre

Programme gegebenenfalls nachjustieren zu können, beobachtete die Mission auch rund ein Dutzend Gerichtsprozesse gegen Menschenhändler.

**Unterstützung der Medienentwicklung.** Das Engagement der Mission trug zur Stärkung der Tätigkeit der Rundfunkregulierungsbehörden in beiden Republiken bei. Unter den Entwicklungen in Serbien ist die Bestellung der Mitglieder für den Rundfunkrat durch das Parlament zu nennen, die Verabschiedung der Rundfunkentwicklungsstrategie, die Aufhebung von Gerichtsurteilen wegen der im erst vor Kurzem verabschiedeten Strafrechtskodex enthaltenen Tatbestände üble Nachrede und Verleumdung und eine Verpflichtung, sich mit der Transparenz bei den Eigentumsverhältnissen im Medienbereich und mit der Medienkonzentration auseinanderzusetzen.

Die Mission verfolgte die Entwicklung im Bereich der Privatisierung von gemeindeeigenen Druck- und Rundfunkmedien. Sie wird dem serbischen Rundfunkrat bei der bevorstehenden Ausschreibung von Lizenzen für Rundfunkmedien behilflich sein. Nach wie vor spielte die Mission eine aktive Rolle bei der weiteren Umwandlung von Radio-TV-Serbien und Radio-TV-Crnegore (Montenegro) in eine echte öffentlich-rechtliche Anstalt und beriet diese bei der internen Umstrukturierung und Organisationsreform.

#### **Zugehen auf die örtliche Bevölkerung**

Während des ganzen Jahres setzte die Mission mit Erfolg ihr

„Programm der ausgestreckten Hand“ fort, das aus regelmäßigen Besuchen des Missionsleiters und seiner Mitarbeiter in verschiedenen Gemeinden in Serbien und Montenegro besteht. Diese Besuche bieten Gelegenheit zu Treffen mit örtlichen Vertretern der Verwaltung und der Medien, der Zivilgesellschaft, der Religionsgemeinschaften und der Polizei. Dank dieser Besuche konnten sich auch die Mitarbeiter der Mission ein Bild von der Lage vor Ort machen und dort die laufenden Projekte kurz vorstellen.

2005 fanden derartige Besuche in Kladovo, Novi Pazar und Knja\_evac statt.

In dem Bemühen, eine vollständige Umsetzung sicherzustellen, unterstützte die Mission eine öffentliche Informationskampagne und plante Seminare, die die Bestimmungen und Mechanismen des Gesetzes über den freien Zugang zu Informationen erläutern sollen. Diese Erfahrung kam der Mission zugute, als sie bei der Abfassung des montenegrinischen Gesetzes für Informationsfreiheit Hilfestellung leistete.

Darüber hinaus unterstützte die Mission die Ausbildung von Journalisten in kritischen Bereichen wie Berichterstattung über Korruption, organisierte Kriminalität, Justiz, Polizei, Parlament und Umwelt.

**Missionsleiter:**  
**Botschafter Maurizio Massari**  
**Revidierter Haushalt: € 9.324.000**  
**Website: [www.osce.org/sam](http://www.osce.org/sam)**

## Die „Spillover“-Überwachungsmission in Skopje

Die „Spillover“-Überwachungsmission in Skopje war 2005 Zeugin zweier großer Leistungen ihres Gastlandes, die ihr beide eine gefüllte Agenda mit Aufgaben für die Zukunft bescherten. Die erste Leistung war die Erfüllung aller rechtlichen Anforderungen aus dem Rahmenabkommen von Ochrid, dem Vertrag, der den bewaffneten Konflikt des Jahres 2001 beendete. Dazu gehörte auch ein Gesetz, das die Verwendung von Fahnen und Symbolen der Volksgruppen regelt, und das Gesetz über die endgültige territoriale Organisation, das neue Gemeindegrenzen festlegte und den Dezentralisierungs-

prozess einleitete. Die Mission leistete bei der Umsetzung dieser Rechtsreformen Hilfestellung.

Der wohl bedeutendste Schritt von allen diesen Implementierungsaufgaben war die Übertragung von Machtbefugnissen und Kompetenzen an die Kommunalverwaltungen per 1. Juli. Gemeinsam mit den Gemeinden und der Zentralregierung war die Mission darum bemüht, durch die Förderung von Kompetenzbildungsinitiativen und Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit einen reibungslosen Übergang zu ermöglichen. Die erste Phase der Dezentralisierung setzte kurz nach den

Kommunalwahlen vom 27. März ein. Die Wahlen wurden bereits auf Grundlage neuer Grenzen und in dem Wissen abgehalten, dass die neu gewählten Gemeindevertreter über erweiterte Kompetenzen verfügen würden. Obwohl die Wahlen vom BDMR durchaus kritisch beurteilt wurden, waren sie es, die de facto den Anstoß für die Übertragung von Kompetenzen an die örtlichen Selbstverwaltungsbehörden gaben. Die Mission stand der Regierung bei der Planung eines einheitlichen Wahlrechts, das den Empfehlungen des BDMR Rechnung tragen sollte, unterstützend zur Seite.

Die zweite wichtige Er-

rungenschaft des Jahres 2005 war die positive Stellungnahme der Europäischen Kommission zur Bewerbung des Landes um einen Beitritt zur EU. Auch daraus ergaben sich Verpflichtungen zu weiteren Reformen, insbesondere der Justiz, der Polizei, der öffentlichen Verwaltung und des Wahlsystems.

Die Reformempfehlungen in diesen Bereichen deckten sich mit den Prioritäten der Mission, deren Schwerpunkt ganz allgemein auf der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in allen Bereichen der Gesellschaft liegt.

### **Ausgewogene Vertretung**

Eine der zentralen Verpflichtungen der OSZE aus dem Rahmenabkommen von Ochrid war die Unterstützung des Landes bei seinen Bemühungen um eine ausgewogene Vertretung im Polizeidienst.

Als die Mission im Jahr 2001 mit der Unterstützung der Polizeiakademie und der Ausbildung neuer Rekruten begann, gab es im Polizeidienst nur 3,8 Prozent ethnische Albaner und eine vernachlässigenswerte Zahl aus anderen Minderheiten. Im September 2005 waren die Albaner mit knapp 15 Prozent und die anderen Minderheiten mit rund 4,5 Prozent im Polizeidienst vertreten.

In Zusammenarbeit mit dem Hohen Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten leistete die Mission auch Hilfestellung bei Rechtsreformen, durch die es auch in anderen öffentlichen Einrichtungen zu einer ausgewogeneren Vertretung kommen soll.

### **Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension**

**Mehr Bürgernähe für Polizeidienste.** Dank der von der Polizeiakademie mit Missionsunterstützung angebotenen Spezialausbildung konnte die Übertragung der Zuständigkeit für die neu geschaffene Grenzpolizei vom Verteidigungs-

ministerium auf das Innenministerium abgeschlossen werden. Dieser kritische Schritt bedeutet, dass das gesamte Land, ganz wie andere europäische Länder auch, nunmehr der Polizeiverwaltung untersteht. Das Militär hat keinerlei Sicherheitsaufgaben im Lande mehr. Zum ersten Mal erhielt die Grenzpolizei eine Ausbildung, die auch eine eingehende Befassung mit Management und Kommunikation enthielt. Dank ihres erweiterten Mandats kann sie in den Grenzgebieten mit der Bevölkerung Kontakt aufnehmen und kommunizieren und dadurch mit ihr besser zusammenarbeiten und die Grenzen wirksamer kontrollieren.

Die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bevölkerung war der Mission bei ihrer Zusammenarbeit mit dem Innenministerium schon immer ein Anliegen. In diesem Jahr lag der Schwerpunkt der Bemühungen auf der jungen Generation. Die Mission führte zwei groß angelegte Aktionen durch, in deren Rahmen Polizisten im Schulunterricht Volksschülern das Thema öffentliche Sicherheit und die Aufgaben der Polizei näher brachten. Wie in der gesamten Zusammenarbeit der Mission mit der Polizei lag auch hier der Schwerpunkt auf dem Aufbau polizeilicher Kapazitäten für die Weiterführung der Programme

und die Durchführung ähnlicher Aktivitäten in der Zukunft.

Der Aufbau von Kapazitäten als wesentliche Voraussetzung für die Umsetzung von Polizeireformen wurde auch in anderen Bereichen wie Management, Entscheidungsfindung, Menschenrechte und Ethik fortgesetzt. Die Fachausbildung zielte zum größten Teil auf die Vermittlung von Know-how zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität ab. Die Kurse deckten Themenbereiche wie Überwachungstechniken, Zeugenschutz und Techniken zur Feststellung und Verhütung von Menschenhandel ab. Der Großteil der Kurse fand in der Polizeiakademie Idrizovo statt, wobei einheimische Auszubildende in der gesamten Grundausbildung federführend waren. Die Mission setzte ihre Hilfestellung für die Lehrplanelentwicklung und für Spezial- und Fortgeschrittenenausbildung fort.

### **Vertrauensbildung gepaart mit Community Policing**

Zu Beginn waren die Bürgerbeiräte als Einrichtung gedacht, durch die die Volksgruppen dazu ermutigt werden sollten, sich zur örtlichen Polizei zu melden, aber auch als eine Methode zur Demonstration von Techniken des *Community Policing* durch die Fachauszubildenden. Es stellte sich jedoch bald heraus, dass

diese Gruppen auch das Potenzial zur Vertrauensbildung unter der beteiligten Bevölkerungsgruppe hatten.

Bislang stellte die Mission über 70 Beiräte in ganz unterschiedlichen Gemeinden auf die Beine, angefangen von Gebirgsdörfern bis zu Stadtvierteln in der Hauptstadt. Sie alle bieten ein Forum für die Erörterung lokalpolitischer Themen, den Informationsaustausch und die Entwicklung einer Gesprächskultur mit örtlichen Behörden und der Polizei. Einige Gruppen gingen einen Schritt weiter und verwirklichten Projekte wie die Anbringung von Wegweisern, eine Kampagne gegen die Entwendung von Straßenschildern und Geländern aus Metall und Projekte zur Müllentsorgung oder zur Bekämpfung des Problems streunender Hunde.

„Die Bürgerbeiräte sollen nicht nur Vertrauen und Kommunikation zwischen Bevölkerung und Polizei aufbauen helfen, sondern auch die Bürger selbst zur Zusammenarbeit untereinander animieren“, erläuterte der Missionsleiter, Botschafter Carlos Pais.

Die Mission freute sich auch über die zunehmende Einbindung von Vertretern der kommunalen Verwaltung in die Arbeit der Beiräte, entweder in Form häufiger Rückfragen oder einer direkten Teilnahme an den Beiräten. Die Mitglieder der Beiräte können am Ausmaß der Bürgerbeteiligung erkennen, wie groß ihr Einfluss auf ihre Gemeinde sein kann.

**Einbindung aller Bevölkerungsgruppen in die Vertrauensbildung.** Eine der besonderen Stärken dieser Mission ist ihre Präsenz vor Ort und ihr Kontakt mit der Bevölkerung an der Basis. Dank ihrer Fähigkeit, auf die Menschen zuzugehen, konnte sie wirksame Frühwarnungs- und Vertrauensbildungsinitiativen ergreifen. Besonders hilfreich war diese Tatsache bei einem Sicherheitsvorfall in Kondovo am Rande der Hauptstadt sowie bei einigen isolierten Zwischenfällen in abgelegenen Gebieten, in die Polizisten involviert waren. Die vertrauensbildenden Beobachter und Ausbilder für *Community Policing* der Mission führten regelmäßige Besuche durch, sprachen mit den betroffenen Bürgern und hielten auch in Zeiten erhöhter Spannung Kontakt zu den örtlichen Behörden. Durch diese Kontakte wurden

Ängste in der Bevölkerung abgebaut und überzogene Reaktionen auf allen Ebenen verhindert. Nach der Normalisierung der Lage nahm die Mission ihre Arbeit mit der örtlichen Verwaltung und Polizei wieder auf, um die ansässige Bevölkerung in die Bürgerbeiräte einzubinden und dadurch die Beziehungen innerhalb der Gemeinde zu verbessern.

#### **Ismailaki Asani hilft mit, dem wilden Kahlschlag der Wälder in seinem Dorf ein Ende zu machen**

Ismailaki Asani steht inmitten unzähliger Baumstümpfe auf einem Feld unweit seines Dorfes Merovo. Noch vor kurzem stand hier ein Wald. „Die Leute in unserem Dorf haben sich hier immer Holz geholt, aber nur das Notwendigste, um über den Winter zu kommen. ... Doch dann kamen ganze Gruppen aus anderen Gegenden, fällten Bäume ohne Genehmigung und holzten alles ab, junge Schösslinge, alte Bäume ... und schleppten sie weg, um sie zu verkaufen“, schildert er.

Viele Dörfer leiden unter diesem wilden Abholzen. Den Einwohnern von Merovo gelang es aber, dieser Zerstörung ihrer Wälder Einhalt zu gebieten, indem sie als Gemeinwesen mit der örtlichen Polizei zusammenarbeiteten.

„Erst haben wir versucht, mit den Eindringlingen zu reden, doch sie fällten so viele Bäume, wie sie nur konnten. Wir versuchten Gräben auszuheben, damit sie mit ihren Traktoren und Lastwagen stecken bleiben, doch der Boden ist hier zu felsig. Dann organisierten wir einen Bürgerbeirat und stellten gemeinsam mit unserer örtlichen Polizei und der OSZE ein neues Patrouillensystem auf die Beine. Das funktionierte dann“, erläutert Ismailaki Asani.

Nun überlegt er gemeinsam mit seinen Nachbarn Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit der öffentlichen Forstverwaltung, um im Frühjahr 2006 den Schaden wenigstens teilweise durch Wiederaufforstung zu beheben. Er ist davon überzeugt, dass das gesamte Dorf mithelfen wird.

Neben ihrer Beobachtungstätigkeit führt die Mission einige Projekte mit Regierungsinstitutionen zur Verbesserung der Zusammenarbeit auf Gemeindeebene und der Beziehungen zwischen den Volksgruppen

durch. Mehrere Zwischenfälle in Schulen und in deren Umfeld unterstrichen die Notwendigkeit konkreter Aktionen zum Abbau der ethnischen Spannungen zwischen Jugendgruppen und ihrer Einbindung in konstruktive Tätigkeiten. Verschiedene Aktivitäten im Bildungsbereich in Zusammenarbeit mit örtlichen Behörden und Partnern aus der Zivilgesellschaft bauten das ethnisch motivierte Misstrauen an gemischten Schulen ab. Für Jugendliche wurden 74 verschiedene Seminare, Jugendlager und Schulungskurse veranstaltet. Sie sollten zur Aufnahme von Kontakten und zur Vertrauensbildung zwischen den Teilnehmern ermutigen und dabei Fertigkeiten wie Führungskompetenz, Kommunikation und Unternehmertum entwickeln.

#### **Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension**

**Hilfestellung für die lokale Verwaltung bei der Übernahme neuer Aufgaben.** Da die Dezentralisierung im Lande noch jung ist, ist der Bedarf an Information, Kommunikation und Transparenz auf allen Ebenen groß. Zeitlich abgestimmt auf die offizielle Übergabe von Kompetenzen an die örtliche Verwaltung brachte die Mission ein Handbuch für Gemeindebeamte heraus, das ihnen Hilfestellung in allen Aspekten ihres neuen Aufgabengebietes geben sollte. Das Handbuch wurde gemeinsam mit der Vereinigung örtlicher Selbstverwaltungseinrichtungen hergestellt und an alle 85 Gemeinden verteilt. Zur inhaltlichen Unterstützung des Handbuchs trug die Mission auch zu einigen Informationskampagnen bei, die sowohl auf die Bevölkerung als auch auf Gemeindebedienstete abzielten. Die größte Herausforderung für die Gemeinden im Zusammenhang mit der Dezentralisierung war die Übernahme der Verantwortung für zusätzliche finanzielle Aufgaben. Dazu zählen die Erhebung von Steuern und andere Einnahmen, die Aufwendungen für kommunale Dienstleistungen und die Ankurbelung der Wirtschaft. Die Mission organisierte für die Gemeindebediensteten einen Intensivkurs in Finanzgebaren. Mehr als 250 Finanzreferenten und Verwaltungsbeamte der Lokalbehörden nahmen

an diesen Kursen teil. Neben der bereitgestellten Fachausbildung für Finanzwesen unterstützte die Mission Bemühungen zur Verbesserung der allgemeinen Finanzpraktiken und des finanziellen Potenzials der Gemeinden.

Die Mission kümmerte sich weiterhin besonders um eine bewährte praktische Maßnahme, nämlich die Gleichstellungskommissionen in den Gemeinden. Diese waren ursprünglich gemeinsam mit dem Ministerium für Beschäftigung und Sozialpolitik und dem Verband der Frauenorganisationen eingeführt worden. Im Zuge der Dezentralisierung wurde ihre Stellung innerhalb der Gemeindeverwaltung fester verankert. Die Gleichstellungskommissionen sorgen dafür, dass Frauen ein Mitspracherecht bei allen wichtigen Fragen wie Wirtschaftsentwicklung, Prioritätensetzung im Finanzbereich und Infrastrukturentwicklung erhalten. Derzeit haben landesweit zehn Kommissionen ihre Funktion aufgenommen und setzen Initiativen um. In Veles etwa stellte die Kommission fest, dass Bedarf an Unterkünften für misshandelte Frauen besteht, vier davon wurden in der Folge von der Gemeinde finanziert.

**Erhaltung der Umwelt und Sicherung der Zukunft.** Für einige Gemeinden im Nordwesten des Landes wurde Umweltschutz zu einer Überlebensfrage. So wurde das seit 2001 ständig zunehmende illegale Abholzen in diesem Jahr zu einem kritischen Problem, insbesondere im \_ar-Gebirge an der Grenze zu Albanien und zum Kosovo (Serbien und Montenegro) und in den Crna-Gora-Bergen nördlich von Skopje. Wie die Vertrauensbildungsbeobachter der Mission feststellten, geht das Problem inzwischen weit über den Rahmen der Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit und des Umweltschutzes hinaus. Die langfristigen Auswirkungen der Kahlschläge stellen eine ernsthafte Bedrohung für die Gebirgsdörfer dar. Das Problem führt auch zu Spannungen zwischen den betroffenen Gemeinden und den Tätern. Die Mission ermutigte zur Zusammenarbeit zwischen Zentralbehörden, örtlichen Behörden, Forstpolizei, örtlichen uniformierten Beamten und der Bevölkerung. Die Außenstelle Tetovo beherbergte mehrere Zusammenkünfte zu diesem

Thema, die die Kommunikation zwischen allen Verantwortlichen fördern und Systeme zum Informationsaustausch in diesem Bereich schaffen sollten. An diesen Treffen nahmen auch örtliche Richter und Staatsanwälte teil.

Um zu verhindern, dass Umweltfragen in Zukunft Gräben aufreißen, arbeitet die Mission mit der ersten „Kinderbotschaft“ zusammen, wodurch junge Menschen dazu ermutigt werden sollen, sich aktiv für die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung unter Erhaltung der Umwelt einzusetzen. Diese Aktivität wurde vom Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE unterstützt. Im Sommer nahmen 60 Studenten an einem einwöchigen Ausbildungsseminar teil, bei dem sie Fertigkeiten in den Bereichen selbstständiges Unternehmertum, Unternehmensgründung und Umweltschutz erwarben. Es war dies die erste derartige Aktivität. Für 2006 sind weitere geplant, als eine Möglichkeit, junge Menschen darauf vorzubereiten, zum wirtschaftlichen Wachstum des Landes beizutragen ohne das ökologische Erbe zu beschädigen.

### ***Aktivitäten in der menschlichen Dimension***

**Erhöhung von Transparenz und Leistungsfähigkeit des Justizwesens.** Die Justizreform hatte höchste Priorität für die Mission im Rahmen ihrer Unterstützung für die von der Regierung geplanten rechtlichen und strukturellen Änderungen. Die wichtigste dieser Reformen war ein Satz von Verfassungsnovellen, die vom Justizministerium als erster wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Regierungsstrategie für die nationale Justizreform vorgeschlagen wurden. Auf Ersuchen des Ministeriums stellte die Mission Gutachten zu den vorgeschlagenen Novellen zur Verfügung und veranstaltete in Zusammenarbeit mit der Richtervereinigung mehrere öffentliche Diskussionsforen. Vertreter aller Bereiche der Rechtsberufe wurden eingeladen, zu diesen Vorschlägen Stellung zu nehmen.

Während die legislativen Änderungen in Gang waren, begann die Mission eine von einer örtlichen Interessensvertretung initiierte Aktivität, den „Rat für die Verhütung von

Jugendkriminalität“, zu unterstützen, um Transparenz und Zugang zu Informationen in der Rechtsprechung zu fördern. Das Projekt wurde an mehreren Standorten durchgeführt, am weitesten ist es bisher am erstinstanzlichen Gericht von Kavadarci gediehen. Im Rahmen dieses Projekts wurde eine Online-Datenbank für alle anhängigen Fälle, Gerichtstermine, Richterprofile und für die Information der Öffentlichkeit über die Verfahrenspraxis eingerichtet. Die Gerichte in Tetovo, Skopje, \_tip und Strumica erstellten Jahresberichte über ihre Tätigkeit und veranstalteten öffentliche Präsentationen, um die Bürger über ihre Aktivitäten zu informieren.

Die Mission führte auch zahlreiche Schulungsprogramme für die Zielgruppen Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte zu Fragen des humanitären Völkerrechts, der organisierten Kriminalität und des Zeugenschutzes durch.

**Institutionalisierung von Mechanismen zur Bekämpfung des Menschenhandels.** Im Einklang mit den Empfehlungen des OSZE-Plans zur Bekämpfung des Menschenhandels war die Mission der Regierung bei der Einrichtung eines nationalen Leitmechanismus unter der Schirmherrschaft des Ministeriums für Beschäftigung und Sozialpolitik behilflich. Der Mechanismus wird über ein nationales Koordinierungsbüro umgesetzt, das die Opferhilfe koordinieren, die Mechanismen zur Identifizierung potenzieller Opfer verbessern und auf Rechtsreformen hinarbeiten soll, durch die Opfern des Menschenhandels verstärkter Schutz zuteil werden soll. Die Hilfe der Mission erfolgte in Form einer ersten Begutachtung und Überarbeitung des Handbuchs für das nationale Leit-system nach Maßgabe der lokalen Bedürfnisse sowie in Form sonstiger technischer Hilfe für das Ministerium während der Anlaufphase. Der Mechanismus wird dem Land dabei helfen, seinen Verpflichtungen in Bezug auf den Schutz der Menschenrechte von Opfern des Menschenhandels nachzukommen.

**Förderung des Menschenrechtsschutzes.** Zum Schutz der Bürgerrechte wurde 1997 die Institution eines Ombudsmannes geschaffen. Um den Bestimmungen des Rahmenabkommens von Ochrid nach-

zukommen, wurde das Gesetz über den Ombudsmann so abgeändert, dass nun auch regionale Büros als Stellvertreter vorgesehen sind, was der Institution mehr Möglichkeiten gibt, Fälle landesweit aufzugreifen. Die stellvertretenden Ombudsleute für die Regionalbüros wurden in diesem Jahr bestellt. Mit zusätzlicher Unterstützung der kanadischen *International Development Agency* und der italienischen Regierung spielte die Mission eine entscheidende Rolle bei den Hilfestellungen für die Einrichtung der regionalen Büros und die Bekanntmachung ihres Aufgabenkreises in der Bevölkerung. Die neuen Büros haben bereits damit begonnen, Menschenrechtsfälle entgegenzunehmen und Beschwerden aus der Bevölkerung nachzugehen.

Die Institution eines Ombudsmanns stellt der Bevölkerung zwar einen Mechanismus zur Verteidigung ihrer Bürgerrechte zur Verfügung, doch ist es nach wie vor notwendig, besonders die Jugendlichen verstärkt über ihre Rechte zu informieren und ihnen zu erklären, was sie von staatlichen Institutionen erwarten dürfen. Als Teil des vom Vorsitz lancierten Projekts zur Einführung eines formalen Menschenrechtsprogramms für den Unterricht an Grundschulen in allen OSZE-Mitgliedstaaten nahm die Mission ein Pilotprojekt mit dem Bildungsministerium unter dem Motto „Unsere Rechte“ in Angriff. An dem Programm nahmen zwölf Schulen teil, die aus Städten im gesamten Land ausgewählt worden waren. Die Lehrer wurden für den interaktiven Kursus für Menschenrechte für Kinder der fünften und sechsten Schulstufe ausgebildet und begannen in diesem Herbst damit, diesen in ihren Unterricht einzubauen.

**Unterstützung von Wirtschaftlichkeit, Diversität und Verantwortungsbewusstseins im Mediensektor.** Der Erlass eines neuen Rundfunkgesetzes in diesem Jahr war ein wichtiger Schritt zur Sicherstellung sowohl eines überlebendigen privaten Medienmarktes als auch einer unabhängigen öffentlichrechtlichen Anstalt. Beim Zustandekommen dieses Gesetzes spielte die Mission eine Schlüsselrolle, wobei sie in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, dem Europarat und dem Stabilitätspakt Sach-

verständigengutachten und Auslegungshilfe in Bezug auf die maßgeblichen europäischen Richtlinien zur Verfügung stellte. Die Mission erleichterte die Diskussion zwischen Gesetzgebern und örtlichen Medienvertretern. Gestützt auf die Erfahrungen des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit war die Mission auch mit Gutachten und Kommentaren zu den vorgeschlagenen Abänderungen behilflich. Das neue Gesetz räumte der Kontrollbehörde größere Unabhängigkeit und Machtbefugnisse ein, die ihr die Verwirklichung der Rechtsstaatlichkeit im Rundfunkbereich ermöglichen. Es liberalisierte auch die Lizenzvergabe und ermöglichte damit privaten Rundfunksendern, sich leichter neuer Technologien zu bedienen und ein breiteres Publikum zu erreichen. Schließlich schuf das Gesetz ein wirklich unabhängiges Führungssystem für den öffentlichrechtlichen Rundfunk, der bereits Programme in allen sechs Verfassungssprachen ausstrahlt.

#### **Die Elektronische Gesellschaft ist säulenübergreifend**

Der Begriff Elektronische Gesellschaft, auch unter der Bezeichnung Informationsgesellschaft bekannt, bezieht sich auf die Integration der Informationstechnologien wie Internet, drahtlose Kommunikation und anderer in alle Bereiche des sozialen und politischen Lebens.

Da es einen derart umfassenden Bereich abdeckt, hat das Projekt der Mission für die elektronische Gesellschaft mit beinahe allen Aspekten der Tätigkeit der Mission zu tun. Es wurde gemeinsam mit der örtlichen Organisation *Metamorphose* durchgeführt und vom Büro des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit unterstützt.

Bei der Präsentation des Projekts auf einer internationalen Konferenz in Skopje wies der leitende Berater des Medienbeauftragten auf die ungeheuren Möglichkeiten hin, die diese neue Informationstechnologie für eine freie, transparente Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren der Gesellschaft, wie Regierung, Wirtschaft und Bürger, eröffnet.

Im ganzen Land wurde in den Städten eine vierteilige Serie kleinerer Konferenzen abgehalten. An der ersten zum Thema Cyber-Kriminalität nahmen neben anderen

Polizisten und Staatsanwälte teil, um mögliche Maßnahmen gegen die Internetkriminalität auszuloten. Die Konferenzen zum Thema elektronischer Unterricht und elektronische Medien waren unter anderem der Förderung des Multikulturalismus und dem Abbau von Grenzen durch Online-Kommunikation gewidmet. Eine Veranstaltung zum Thema E-Government richtete sich an Bürgermeister und andere Gemeindebeamte und befasste sich mit der Nutzung des Internet für mehr Transparenz und zur Einbindung der Bürger in Entscheidungsprozesse.

[ Auf Grund seiner Mehrsprachigkeit und seiner Multiethnizität kommt dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine Schlüsselrolle bei der Förderung von Diversität und Identität zu. Daher setzte die Mission ihre Unterstützung für seine Modernisierung und die Verbesserung seiner Professionalität durch Schulungsaktivitäten und technische Unterstützung fort. Die Schulungstätigkeit in diesem Jahr konzentrierte sich auf Produktionsmanagement in Radio und Fernsehen, damit diese Kapazitäten vor Beginn der im neuen Rundfunkgesetz versprochenen Umstrukturierung bereitstehen.

Die Mission unterstützte auch die Ausbildung künftiger Medienschaffender durch ihren Beitrag zum einjährigen Journalistendiplomkurs des mazedonischen Medieninstituts. Dieser Intensivdiplomkurs ist international anerkannt und setzt neue Maßstäbe für den Journalismus und die Ausbildung in diesem Bereich. Dabei wurde besonders auf die Aufnahme von Studenten aus ganz unterschiedlichen Verhältnissen Wert gelegt, die in Zukunft Berichte in Minderheitensprachen verfassen können.

Da professioneller Journalismus auch verlässliche offizielle Quellen braucht, setzte die Mission sich auch weiterhin nachdrücklich für den Erlass eines Gesetzes über den freien Zugang zu Informationen ein, dessen Vorlage bereits vom Justizministerium ausgearbeitet wurde. In Zusammenarbeit mit der Delegation der Europäischen Kommission unterstützte die Mission eine Initiative der örtlichen Organisation *ProMedia*, um einerseits eine öffentliche Debatte über die drin-

gende Notwendigkeit eines derartigen Gesetzes in Gang zu setzen und andererseits die öffentlichen Institutionen durch Schulung auf die neuen Aufgaben vorzubereiten, die

mit dem Erlass eines derartigen Gesetzes auf sie zukommen.

**Missionsleiter:**  
**Botschafter Carlos Pais**  
**Revidierter Haushalt: €**  
**11.061.500**  
**[www.osce.org/skopje](http://www.osce.org/skopje)**